

DEUTSCHE POLIZEI

JULI 2015 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Großeinsatz der Polizei

Großeinsatz der GdP



Ursprünglich als Aufsatzserie in der Fachzeitschrift Polizei - Studium - Praxis erschienen, stellen die hier vorgestellten E-Books in konzentrierter und übersichtlicher Form das jeweilige Thema dar.

Die Bücher erhalten sie im EPUB- bzw. Mobipocket-Format auf allen gängigen E-Book-Plattformen. Damit können Sie diese bequem kaufen und auf dem Tolino, iPad, Kindle, Sony Reader oder auch PC oder Smartphone lesen.



**Heiko Artkämper,
Die Staatsanwaltschaft**

Kompakte Darstellung über die Aufgaben, Funktionen und Organisation der Staatsanwaltschaften im Strafverfahren. Zudem wird die Rolle der Staatsanwaltschaft im Ermittlungs-, Zwischen- und Hauptverfahren und in der Vollstreckung abgehandelt.



EPUB, Mobipocket 3,99 €



**Frank Braun,
Polizeiliche Zwangsmaßnahmen**

Die Prüfung polizeilicher Zwangsmaßnahmen muss von Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen sicher beherrscht werden. Hierfür bedarf es neben rechtlichen Kenntnissen vor allem Sicherheit in der Prüfung der Maßnahmen.



EPUB, Mobipocket 3,99 €



**Horst Clages,
Einführung in die Kriminologie**

Diese Abhandlung ordnet die Kriminologie in das System der Kriminalwissenschaften ein und beschreibt ihre wesentlichen fachwissenschaftlichen Grundlagen.



EPUB, Mobipocket 3,99 €



**Christoph Keller,
Strafprozessuale
Durchsuchungsmaßnahmen**

Der Autor beantwortet in diesem Artikel in den Grundzügen die wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit Durchsuchungen beim Verdächtigen und bei anderen Personen.



EPUB, Mobipocket 3,99 €



**Christoph Keller,
Das behördliche
Disziplinarverfahren**

In diesem Beitrag gibt der Autor am Beispiel des LDG NRW zunächst einen Überblick und erläutert die rechtlichen Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens.



EPUB, Mobipocket 3,99 €



Foto: Ziefen

Eine personell gut ausgestattete Polizei sei für einen sicheren Straßenverkehr unverzichtbar, der unmittelbare verkehrserzieherische Kontakt zu Verkehrsteilnehmern von enormer Bedeutung, sagte GdP-Vize Arnold Plickert bei der Vorstellung der neuen GdP-Verkehrssagenda.

Seite 12

In eigener Sache

Vereinfachtes Login-Verfahren für GdP-Mitglieder

Die exklusiven Serviceangebote unter www.gdp.de sind nun für alle GdP-Mitglieder leichter zugänglich. Mit der Mitgliedsnummer, dem Geburtsdatum und der Postleitzahl kann sich ab Juli jedes Mitglied ohne bürokratische Hürden umgehend in den Mitgliederbereich einloggen.

Unter Berücksichtigung entsprechender Datenschutzbestimmungen wurde durch ein modifiziertes Login-Verfahren der Online-Zugang zu Serviceangeboten wie „Literaturdatenbank“ und „Stellentauschbörse“ deutlich erleichtert. Übrigens: Die Mitgliedsnummer finden GdP-Mitglieder auf dem Adressticket DEUTSCHE POLIZEI, auf dem Mitgliedsausweis oder auch auf dem Kontoauszug des Beitragseinzuges. Jede Mitgliederabteilung der GdP-Landesbezirke und -Bezirke kann aber hier auch weiterhelfen. Kontaktmöglichkeiten sind unter www.gdp.de zu finden.

gm

- 2 **GdP-INTERN** Drogen im Fokus der GdP-Kripoexperten
Attraktivitätsoffensive für Polizeiverwaltung gefordert
- 2/39 **FORUM**
- 4 **TITEL/EINSATZBETREUUNG** Mit Mückentüchern und Sonnenschutz „heißen Einsatz“ beim G7-Gipfel gelindert
- 10 **GASTKOMMENTAR** Die neue bayerische Art
- 12 **VERKEHRSSICHERHEIT** GdP-Programm: Kontrollen durch die Polizei unverzichtbar
- 16 **VERKEHR** Neue Promillegrenzen für Radfahrer? 
- 19 **SOZIALES** Armut – Ausgrenzung in einem reichen Land
- 20 Der Armutsbericht
- 21 „Vor allem arbeitende Menschen zahlen für die Gemeinschaft“
- 22 **KIRCHENTAG** GdP im intensiven Dialog mit Gläubigen, Interessierten und der Politik
- 23 **WILDUNFÄLLE** Wenn der Keiler in den Kühler kracht 
- 28 **STANDPUNKT** Eigentumsschutz vor Kinderschutz?
- 31 **FRAUENGRUPPE** Was hat Gesundheit mit Führung und was hat Führung mit Gesundheit zu tun?
- 33 **FRAUEN** Intensive Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund)
- 34 **BUCH** Profiling: Nicht nur der Spur folgen
- 35 **POLIZEISPORT** Internationales Volleyballturnier in Frankfurt/Oder
- 37 **SENIOREN** Die Arbeit endet nicht
Deutscher Seniorentag 2015
- 38 „Im Ruhestand abwechslungsreiche und erfüllte Jahre erleben“
- 40 **IMPRESSUM**



Zusätzliche Informationen dazu in der DP-Online-Ausgabe



Drogen im Fokus der GdP-Kripoexperten

Norbert Meiners ist und bleibt Vorsitzender des Bundesfachausschusses Kriminalpolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der Saarländer wurde auf der Sitzung des Gremiums Mitte Mai in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle ohne Gegenstimme bestätigt.

Das Personalkarussell hat sich jedoch beim Amt des Stellvertreters und des Schriftführers gedreht. BFA-Kripo-Vize ist nunmehr der Rheinland-Pfälzer Gerald Gouasé, der auf den Bayern Gerhard Knorr folgte. Nachdem der langjährige Schriftführer Rainer Kräuter bei der Thüringer Landtagswahl ein politisches Mandat errungen hatte, bestimmten die GdP-Kriminalisten den Berliner Kollegen Norbert Cioma zu dessen Nachfolger.

Vor allem der Stand der Vorbereitung des geplanten GdP-Drogensymposiums im Oktober stand im Zentrum



Der Neue und der „Alte“: Gerald Gouasé (l.) und Norbert Meiners sind Stellvertreter und Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Kriminalpolizei. Schriftführer Norbert Cioma, dritter Mitstreiter im Amt, war zum Fototermin leider verhindert. Erster Gratulant war der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.

Foto: Zielasko

der Ausschussarbeit. Zusätzlich zu den Lageberichten aus den Ländern und einer ausführlichen Darstellung der aktuellen Gewerkschaftspolitik durch den GdP-Bundesvorsitzenden

Oliver Malchow erörterten die Kripo-Experten die aktuelle Entwicklung im Bereich der Terrorbekämpfung sowie die generellen Personalressourcen in der Kriminalitätsbekämpfung. **mzo**

Attraktivitätsoffensive für Polizeiverwaltung gefordert

Michael Laube, alter und neuer Vorsitzender des Bundesfachausschusses Polizeiverwaltung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), zeigte sich im kurzen Gespräch nach der konstituierenden Sitzung des Gremiums Ende Mai in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle optimistisch. Das sei „eine lebhaft Truppe“, bilanzierte der Hauptstädter die zweitägige Sitzung und berichtete gegenüber DEUTSCHE POLIZEI, dass rund die Hälfte des Ausschusses mit neuen Kolleginnen und Kollegen besetzt sei. Laubes Stellvertreter, BKA-Vertreter Dieter Challie, erhielt erneut das Vertrauen der Verwaltungsexperten. Neu in der Vorstandscrew ist der Nordrhein-Westfale Daniel Piotrowski als Schriftführer.

In den nächsten vier Jahren wollen Laube und seine Kolleginnen und Kollegen gemeinsam mit Elke Gündner-Ede, für diesen Bereich zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes (GBV), auf den Inhalten und Forderungen des Positionspapiers „Polizeiverwaltung“ weiter aufbauen. Das Hauptaugenmerk soll jedoch auf eine Attraktivitätsoffensive für qualifizierten Nachwuchs in den Polizeiverwaltungen gelegt werden. Vor



Der neue Vorstand: Daniel Piotrowski (l.), Elke Gündner-Ede und Michael Laube. Dieter Challie konnte an der Veranstaltung nicht teilnehmen.

Foto: Zielasko

dem Hintergrund gestiegener Anforderungen sei das dringend notwendig. Es müsse ausreichendes Personal für die Polizeiverwaltung gewonnen und auch gebunden werden.

Neben den Wahlen und einer grund-

legenden Erörterung der Arbeitsstrukturen innerhalb des Gremiums kam auch die aktuelle Gewerkschaftspolitik nicht zu kurz, die GBV-Kollegin Gündner-Ede ausführlich darlegte.

mzo



Zu: Lesermeinungen der Kollegen: Standpunkt, DP 4/15

Sie drucken in den jüngeren DP-Ausgaben Lesebriefe mit offensichtlich verunglimpfendem, wenn nicht beleidigendem Inhalt zunächst ab, damit sich im Anschluss einer Ihrer Spitzenfunktionäre – wiederum öffentlich – davon distanzieren muss. Was wollen Sie damit bezwecken? Dass ich die Zeitschrift nur noch unter dem Tisch lesen möchte? Sicherlich nicht.

Ich unterstelle jeder Person, die DP liest und gegebenenfalls Leserbriefe schreibt, dass sie über ein ausreichendes Maß an Bildung und einen genügenden Wortschatz verfügt, um eine Meinung, ob gemäßigt oder radikal, zu transportieren, ohne jemand anders damit unangemessen zu beeinträchtigen oder gar zu schädigen.

Erfreulich wäre es meines Erachtens, wenn die eingesandten Beiträge daran gemessen würden und die Redaktion ansonsten von ihrem erklärten Vorbehalt Gebrauch machen würde, Leserbriefe zu kürzen, notfalls auf „Null“, und die Gründe dem Einsender gegebenenfalls zu erklären.

Detlef Vogt, Diepenau



Was bricht sich da Bahn in den Leserbriefen der DP vom April und Mai? Es kommt mir das kalte Grausen, mit welchen Kollegen ich in einer Gewerkschaft bin. Aber ich halte das aus, und ich halte auch Herrn Prof. Salzborn aus, bin ihm sogar dankbar, dass er mit seinem Artikel diesen Schwall von empörten Leserbriefen ausgelöst hat. Wenn ein Außenstehender diese Briefe liest, kann er sich nur bestätigt fühlen in seinem möglichen Vorurteil, diese ganze Polizei sei ein rechter Haufen. Aber ich, der in dieser Polizei von 1964 bis 1999 Dienst versehen hat, weiß, dass das nur die halbe Wahrheit ist. Die Lautesten und Empörtesten müssen nicht unbedingt immer die Mehrheitsmeinung wiedergeben. Ich weiß, wie schwer es bisweilen diejenigen haben,

die zur Besonnenheit und zum Nachdenken über Ursache und Wirkung mahnen. Es hat mir schon 1968 den Vorwurf der Wehrkraftersetzung (!) eingetragen, als ich mit meinen Kollegen über die Motive und Hintergründe der damaligen Jugend- und Studentenproteste diskutierte. Schließlich hat man sich aber doch zur Gründung des Diskussionskommandos entschlossen, weil reden besser ist, als draufhauen und weil auch der Polizeibeamte einen Anspruch darauf hat, über die Hintergründe der Konflikte mehr zu erfahren, als ihm die „Bild“-Zeitung täglich liefert.

Es ist unmöglich, in diesem Brief auf all die Ressentiments, die nur mühsam getarnte Fremdenfeindlichkeit einzugehen. Es wird ohnehin meist nur hoch emotional argumentiert. Was hat der Aufwand für Asylbewerber mit dem Zustand zum Beispiel unserer Schulen zu tun? In Libyen, im Gazastreifen, in Syrien gibt es augenblicklich wohl kaum noch eine unbeschädigte Schule. Und die Gründe, dass Leute in Scharen ihr Heil in der Flucht suchen, hat schon etwas mit der aggressiven Militär- und Wirtschaftspolitik der westlichen Staaten, auch der Bundesrepublik, zu tun. Aber solches auch nur zur Kenntnis zu nehmen würde einem ja womöglich das ruhige Gewissen belasten und zu inneren Konflikten führen. Da ist es schon besser, man verbittet sich die Veröffentlichung solcher Artikel und den Auftritt von Linken auf Gewerkschaftsveranstaltungen als Zumutung. Da wird auch gleich die Solidarität mit der GEW in Frage gestellt, denn sie sei bekanntlich links orientiert, und dass in diesem Land der Feind links steht, ist für viele immer noch Grundwissen.

Liebe Kollegen, ist euch mal in den Sinn gekommen, dass die unsoziale Politik nach innen und die aggressive Politik nach außen eine wesentliche Ursache für das Anwachsen sozialer Spannungen, für wachsende Gewaltbereitschaft ist und dass das auf eurem Rücken ausgetragen wird, den ihr immer bereitwillig hinhaltet, damit die Mächtigen unter diesem Schutz ihre Politik weiter vorantreiben und die Konflikte weiter verschärfen können. Aber ihr richtet eure ganze Empörung gegen die da unten, gegen die Asylbe-

werber, gegen die Menschen, denen es noch weh tut, wenn an den Außengrenzen der EU Menschen massenhaft zugrunde gehen, wenn Menschen zu Hunderttausenden durch Nahrungsmittelspekulation dem Hungertod preisgegeben werden, wenn Menschen verrecken, weil die Pharmakonzerne Preise für längst vorhandene Medikamente zur Heilung verlangen, die sich in Staaten der Dritten Welt niemand leisten kann, dass in der Minute, in der ihr diesen Artikel lest, Hunderte von Kindern aus diesen Gründen umgekommen sind.

Was für eine selektive Empörung. Die kenne ich noch von Ostern '68. Als für einige Kollegen angesichts der brennenden Zeitungsballen am Springerhaus die westliche Zivilisation zu Grunde zu gehen schien. Für die Bilder von in Vietnam im Napalm-Feuer verglühenden Frauen und Kindern hatten sie nur Schulterzucken übrig.

Lasst euch weiter morgen von der „Bild“-Zeitung bestätigen, dass wir die Guten und die anderen die Bösen sind. Ihr ändert aber, ihr Nachdenklichen, gebt nicht auf, überlasst diese Polizei nicht jenen, die mit ihrem einfachen Weltbild und ihren Stammtischparolen uns immer weiter in die Konflikte hineintreiben.

Jörg-Michael Gehler, Berlin

Fortsetzung auf Seite 39

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



TITEL

EINSATZBETREUUNG

***Mit Mückentüchern und
Sonnenschutz „heißen Einsatz“
beim G7-Gipfel gelindert***

Von Rüdiger Holecek

So weit geht die Liebe dann doch nicht: Als eine Bürgerin aus Garmisch auf der Abschlusskundgebung der G7-Gegner per Mikrofon auffordert, auch die Arbeit der Polizei anzuerkennen und fragt, ob man für die Polizisten nicht auch mal applaudieren könne, hallen ihr Buhrufe entgegen. Dabei hätten es sich die Polizistinnen und Polizisten, die Anfang Juni in Garmisch-Partenkirchen nicht nur für die Sicherheit der Staatsgäste, sondern auch für den friedlichen Verlauf der Gegendemonstrationen gesorgt hatten, durchaus verdient. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow sagte gegenüber der Presse: „Mit Umsicht und Fingerspitzengefühl haben sie auch den Demonstrationsteilnehmern die Wahrnehmung ihrer Rechte ermöglicht.“ Den Demonstranten war die hohe Zahl der eingesetzten Polizeikräfte allerdings etwas zu viel an Fürsorge.

Rund 20.000 Polizeibeamtinnen und -beamte von Bund und Ländern hatten für ein Gipfeltreffen ohne größere Zwischenfälle gesorgt. Gewalttätige Auseinandersetzungen wie in Heiligendamm, als bei Krawallen zwischen Autonomen und

turen um die 30 Grad Celsius. Waren die Demonstrantinnen und Demonstranten auf ihren Sternmärschen und Spontandemos angemessen leicht bekleidet, liefen Hunderte von Einsatzkräften in voller Körperschutzausstattung geduldig neben ihnen her. Sie

zwei Beamten durch die Demo geleitet! Danke @g7polizei super!:-)“ twiterte es zurück.

Durchweichtes Protestcamp

Als ein gewaltiges Gewitter mit heftigen Regengüssen und einem Temperatursturz verbunden nicht nur die Demonstranten, sondern auch ihr Camp völlig durchweichte, leisteten die eingesetzten Beamten Hilfe. Da fiel es dem harten Kern des Protestes schon schwer, andere davon zu überzeugen, diese Hilfe nicht anzunehmen. Um gar nicht erst in Gewissenskonflikte zu kommen, reisten viele vorzeitig ab.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sagte, das ausgefeilte Sicherheitskonzept habe zum Gelingen des Spitzentreffens einen erheblichen Beitrag geleistet. Es habe zum einen die Sicherheit der Teilnehmer und den reibungslosen Ablauf des Gip-



Sicherheitskräften nach offiziellen Angaben rund 1.000 Menschen verletzt wurden oder verstörende Bilder von brennenden Autos, zerstörten Straßenzügen und angegriffenen Polizeiwachen wie bei der EZB-Einweihung in Frankfurt am Main gab es unter dem weiß-blauen Himmel in Bayern nicht.

Dafür hochsommerliche Tempera-

beendeten nicht nur wenige unschöne Szenen schnell und konsequent, sondern sorgten sich auch um das Wohlbefinden der Protestierenden, verteilten Wasser, öffneten einen Hydranten zur allgemeinen Erfrischung und veröffentlichten via Twitter Stadtpläne mit den Standorten öffentlicher Toiletten. „Unbeteiligte Rollstuhlfahrerin von

Die Demonstrationen in München und Garmisch-Partenkirchen verliefen weitgehend friedlich und kreativ. Foto: Holecek

fels gewährleistet, zum anderen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit geschützt und für eine möglichst geringe Beeinträchtigung der Bürgerinnen und Bürger im Einsatzraum ge-





GdP-Betreuer mit offenem Ohr für die Einsatzkräfte.

Foto: Holecek

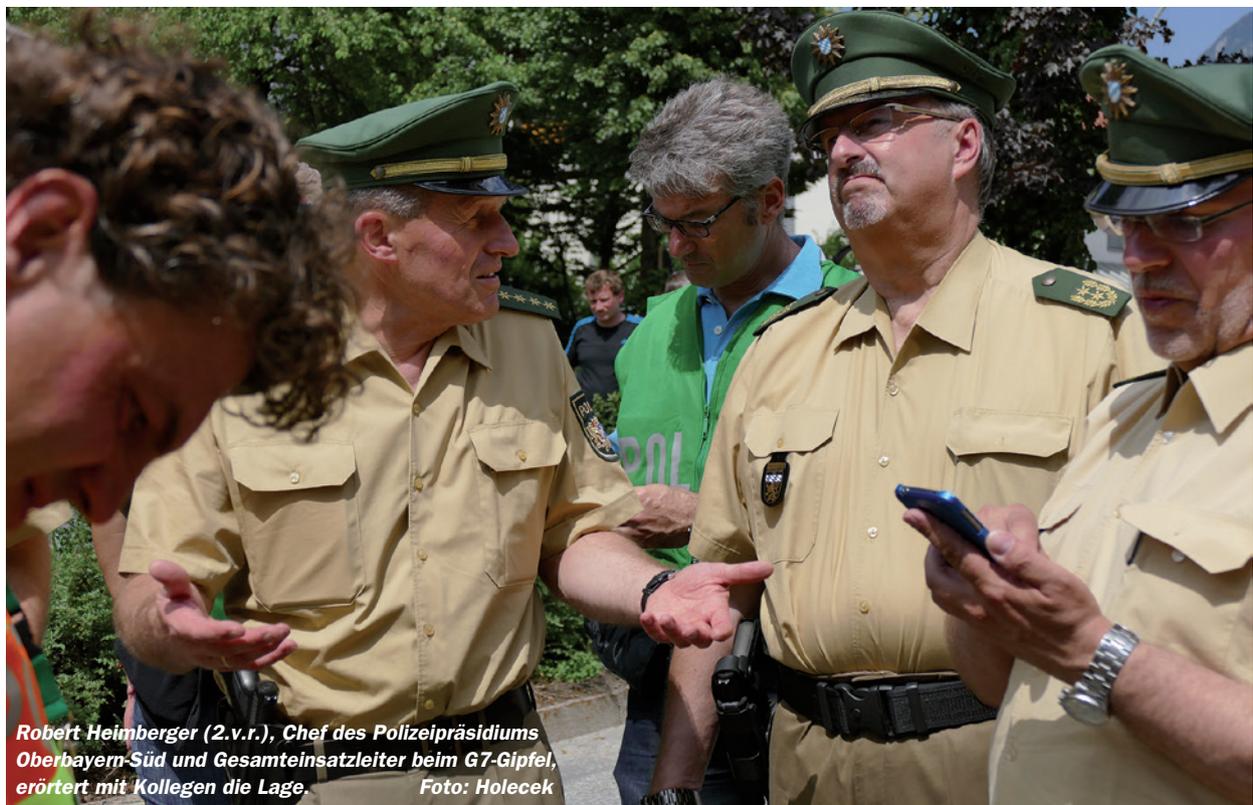
sorgt. Herrmann betonte: „Drei Ziele, für die Bayerns Polizei im bisher wohl größten Einsatz ihrer Geschichte auf Dialog und Kommunikation gesetzt hat. Gleichzeitig hat sie auch alles

unternommen, um Ausschreitungen von vornherein zu verhindern. Ein Einschreiten war glücklicherweise nur in Einzelfällen notwendig. Es gab aber eine Reihe von Störungen, Blockaden

und Versuche, in den Sicherheitsbereich einzudringen.“

Gerechnet hatte er allerdings mit deutlich mehr Demonstranten und Gewalt. Vor Beginn des G7-Treffens warnte der Minister vor 2.000 bis 3.000 gewaltbereiten Demonstranten. 300 bis 500 Aktivisten in Garmisch-Partenkirchen seien „eindeutig gewaltbereite Autonome“ gewesen, sagte Polizeisprecher Hans-Peter Kammerer später.

Die rund 40.000 Demonstranten, die zum Auftakt des Treffens der Staatschefs auf einer Kundgebung in München zusammenkamen, bezeichnete GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow als „ein nachahmenswertes Beispiel für friedlichen Protest“. Der Gewerkschafter, der den Einsatz in München und Garmisch-Partenkirchen vor Ort begleitete, sagte: „Statt brennender Autos, eingeschlagener Schaufensterscheiben und verletzter Polizisten haben inhaltsreiche Redebeiträge, fantasievolle Aktionsformen, Gewaltlosigkeit und rücksichtsvolles Auftreten dieser Anti-Gipfel-Kundgebung politisches Gewicht verliehen.“ Er verteidigte den massiven Polizeieinsatz zum G7-Treffen. Der GdP-Chef:



Robert Heimberger (2.v.r.), Chef des Polizeipräsidiums Oberbayern-Süd und Gesamteinsatzleiter beim G7-Gipfel, erörtert mit Kollegen die Lage.

Foto: Holecek





Michael Ertl (r.), Betreuungsteam der GdP Bayern, und GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow lächeln angesichts der erfreulichen Botschaft und sehen über den kleinen Grammatikfehler hinweg.
Foto: Holecek

„Der Schutz der Staatsgäste, die zum Teil sehr langen Fahrtstrecken der Delegationen und die Sicherheit der Tagungsstätten haben die hohe Zahl der eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten erfordert.“ Das Konzept für einen besonnenen Einsatz habe sich bewährt. Malchow: „Meine Kolleginnen und Kollegen haben eine gute Arbeit gemacht. Ihre Freundlichkeit und Gelassenheit hat die Atmosphäre des Gipfels positiv beeinflusst. Obwohl die Einsatzkräfte unter den tropenähnlichen Temperaturen und langen Einsatzzeiten stark gelitten haben, handelten sie souverän und zeichneten sich durch hohe Umsicht aus.“

Großartiges geleistet

Das wurde ihnen von allen Seiten bestätigt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière erklärte: „Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern haben Großartiges geleistet in den vergangenen Wochen. Mein Lob bezieht sich auf die Vorbereitung des Einsatzes ebenso wie auf die Durchführung selbst: Professionell, bürgernah und entschlossen.“

Nun sollten es, so der GdP-Bundesvorsitzende, die Politiker des Bundes und der Länder nicht bei Dankesreden belassen und das Engagement der Polizistinnen und Polizisten mit einer vollen Anrechnung der Zeiten wie es

Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen handhaben, honorieren. „Jetzt ist die Stunde der Innen- und Finanzminister“, betonte Malchow.

Strapaziösen Dienst erleichtert

Viel Lob ernteten die Betreuungsteams der Gewerkschaft der Polizei, die Tag und Nacht im Einsatzgebiet unterwegs waren, um den Kolleginnen und Kollegen den oft strapaziösen

Dienst, so gut es ging, zu erleichtern. Schon Monate vorher hatte eine GdP-Arbeitsgruppe ein Betreuungskonzept erstellt.

Clemens Murr, im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für länderübergreifende Einsätze: „Meine bayerischen Kolleginnen und Kollegen waren schon im Vorfeld intensiv an den Gesprächen in den Planungs- und Vorbereitungsstäben beteiligt. Unsere Vorstellungen flossen auch in Workshops mit ein wie etwa der Konzeption zum Thema Unterbringung und Verpflegung und natürlich kümmerten wir uns auch um die Kolleginnen und Kollegen auf den Dienststellen im Einsatzraum, die sicherlich eine der Hauptlasten des Einsatzes zu tragen haben. Als Gewerkschaft liegt unser Augenmerk selbstverständlich stets auf den Einsatz- und Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen.“

Erstmals in der Geschichte der bayerischen Polizei wurde daher aufgrund der mit dem Einsatz zusammenfallenden Pflingstferien ein verbandsübergreifendes, temporäres „Netzwerk Kinderbetreuungsangebote G7-Gipfel 2015“ geschaffen.

Umfassendes Betreuungskonzept

Murr erläuterte: „Weiterhin lag unser Fokus insbesondere auf der Gestaltung der Arbeitszeiten, Unterbringung und Verpflegung und vor allem auf der



GdP-Service bis zum Gipfel-Ende: Die Air Force One des amerikanischen Präsidenten bekommt die Starterlaubnis.
Foto: Konrad Sigi



persönlichen Schutzausstattung der Einsatzkräfte. Wir haben uns während des gesamten Einsatzes dafür stark gemacht, dass Kolleginnen und Kollegen bestmöglich ausgestattet und versorgt werden. Gleichzeitig haben wir innerhalb der GdP ein umfassendes Betreuungskonzept erstellt.“

Alexander Baschek, Organisationssekretär des GdP-Landesbezirks Bayern, der den Betreuungseinsatz der GdP für den G7-Gipfel in Elmau koordinierte: „Wir selbst waren von Seiten der Gewerkschaft der Polizei Bayern mit acht Betreuungsteams vor Ort. Unterstützt wurden wir von der Jungen Gruppe des Bundesvorstandes, die zu der Betreuungsmaßnahme einen Schichtdienst eingerichtet hatte und mit zusätzlichen drei Betreuungsteams rund um die Uhr draußen vor Ort war.“

Auf die Frage, wie viele Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern und Personalräte im Einsatzraum unterwegs waren, die sich auch auf ihren Kanälen um die Belange der Kolleginnen und Kollegen gekümmert hatten, sagte Baschek DEUTSCHE POLIZEI (DP): „Es waren zwischen 50 und 60 zusätzliche Betreuer von den anderen Bundesländern im Einsatz.“



Oliver Malchow bei seiner Tour mit den Betreuungsteams zu den Einsatzkräften.

Foto: Holecek

Vier Wochen vor dem Einsatz

Michael Ertl, Bezirksgruppenvorsitzender von Oberbayern-Süd, der den GdP-Einsatz vor Ort leitete: „Für uns begann der Einsatz schon vier Wochen zuvor. Vor Ort haben wir hier schon einfach verschiedene Arbeitsplätze mit GdP-Utensilien ausgestattet, noch

gen auch über die dienstliche Betreuung berichtet haben? Ertl sagte: „Die dienstliche Betreuung war generell in allen Bereichen sehr gut. Trotzdem gab es am Anfang noch Probleme, insbesondere bei der Unterbringung. Die Situation hat sich dann aber auch durch die Hilfe der GdP recht schnell entspannt. Im Verlauf des Einsatzes zeigten sich auch unterschiedliche Wetterlagen, von hochsommerlichen Temperaturen bis zu Starkregen. Hierzu organisierten wir über den Planungstab entsprechende Schutzausstattungen für die Einsatzkräfte. Des Weiteren verteilten wir Sonnenschutzcreme und Mückenschutztücher an die Kolleginnen und Kollegen.“



Polizeivizepräsident Robert Kopp (l.) empfängt die GdP-Delegation um den GdP-Bundesvorsitzenden im Münchner Polizeipräsidium. (v.r.) GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr, Oliver Malchow, Bayerns GdP-Vize Peter Schall, DP-Landesredakteur Thomas Bentele und Clemens Murr, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig für die Bereitschaftspolizei.

Foto: Holecek

Die haben sich bei uns angemeldet, von uns teilweise Materialien für die Betreuung bekommen und sind zusätzlich zu unseren Kräften im Einsatz gewesen.“

bevor die ersten Kräfte ihre Büros bezogen haben beziehungsweise sich die Planungsstäbe etabliert haben.“ Von ihm wollte DP wissen, was die eingesetzten Kolleginnen und Kolle-

Absoluter Renner

DP: „Was hattet ihr für die Kolleginnen und Kollegen an Bord?“

Ertl: „Wie bereits erwähnt, Sonnencremes und Mückenschutztücher, die waren natürlich gerade an den heißen Tagen auch notwendig. Dazu verteilten wir Chips in praktischen 20-Gramm-Tüten, Geschmacksrichtung ‚Getrocknete Tomate‘, damit kein Durst entsteht. Weiterhin natürlich Papiertaschentücher und einen speziell entworfenen G7-Kugelschreiber. Bei den Einsatzkräften war auch der Sani-Stick der Organisations- und Servicegesellschaft (OSG), ein kleines Desinfektionsspray, sehr beliebt. Der absolute Renner, mittlerweile auch restlos vergriffen, war unser G7-Pin, der als Sammlerobjekt natürlich äußerst beliebt ist.“





Einblick in die Einsatzleitstelle der bayerischen Polizei. Allerorten gute Stimmung und Optimismus angesichts der friedlichen Situation draußen.

Foto: Holecek

DP: „Wie waren die Reaktionen der Kolleginnen und Kollegen?“

Ertl: „Wo wir auch hinkamen, wurden wir freundlich und freudig begrüßt. Nicht nur wegen der kleinen Gaben. Wichtig war uns vor allem das Gespräch mit den Kräften vor Ort, wo drückt der Schuh, wo gibt es Sorgen und Nöte. Dies wurde von den Kolleginnen und Kollegen gerne angenommen, und im Regelfall konnten wir auch immer zügig entsprechende Lösungen anbieten. Natürlich erreichten wir nicht alle der vielen Kräfte im Einsatzgebiet, vor allem nicht in dem besonderen Sicherheitsbereich S2, in dem sich zu Spitzenzeiten Tausende von Polizeibeamten im Einsatz befanden und für den wir keine Akkreditierung hatten. Wir haben uns dann auf die Shuttlepunkte konzentriert, besuchten Unterkünfte, Kontrollstellen, Versorgungsstützpunkte, den Führungsstab und natürlich die Kolleginnen und Kollegen vor Ort im Einsatzraum. Die GdP kam immer gut an.“

DP: Der Landesbezirk hat extra eine Hotline geschaltet. War sie stark frequentiert? Und mit welchen Problemen riefen die Kolleginnen und Kollegen an?

Ertl: „Die Hotline war sehr stark frequentiert. Die ‚Probleme‘ begannen mit dem Kollegen, der sich um halb drei nachts alleine im Wald fühlte und einfach nur Ansprache brauchte,

bis hin zu wirklichen Beschwerden über die hygienischen Zustände in den Unterkünften. Wir sind diesen Fällen nachgegangen. Das heißt, wir klärten den übermittelten Sachverhalt auf, schickten in der Regel ein Betreuungsteam vor Ort, das die Situation begutachtete und, falls nötig, auch zwei, drei Bilder fertigte.

Wir bewerteten die Lage und setzten uns dann mit dem verantwortlichen

Einsatzabschnitt in Verbindung. Das funktionierte wirklich sehr gut. Die Einsatzabschnitte waren uns anfänglich noch skeptisch gegenüber. Es entwickelte sich aber schnell eine gegenseitige Wertschätzung, was natürlich den Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu Gute kam. Deren Anliegen konnten meist zügig, unbürokratisch und vor allem zufriedenstellend auf dem kleinen Dienstweg bearbeitet werden.“



Keine Kilometer für die Einsatzkräfte gescheut. Mecklenburg-Vorpommerns GdP-Vorsitzender Christian Schumacher (l.) hat Erfrischendes zu bieten. Mit dabei sein MV-BePo-Kollege Ulrich Schroeder.

Foto: Holecek



Die neue bayerische Art

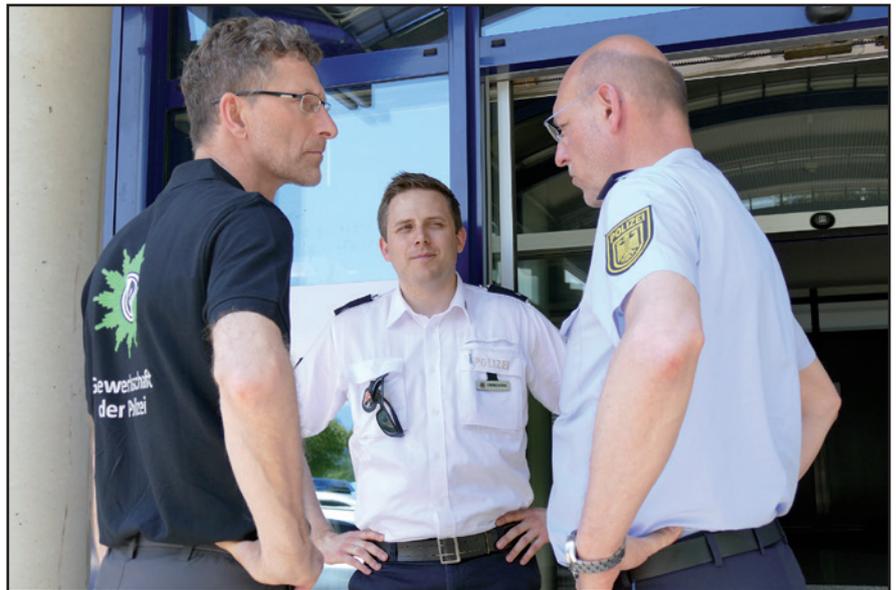
Von Oliver Bendixen

wollten. Zwei Dutzend Strafanzeigen und knapp 60 Menschen, die nach zwei Sitzblockaden kurzfristig in Gewahrsam genommen wurden – das war es auch schon. Wo die Chaotentruppen aus Italien und Frankreich

Mit der Feststellung, es sei „bayerische Art“, tüchtig hinzulangen, verschaffte sich der damalige Ministerpräsident Max Streibl einen Spitzenplatz in der Sammlung missglückter politischer Erklärungsversuche. Das war 1992, als beim Weltwirtschaftsgipfel in München ein paar hundert Demonstranten von der Polizei umstellt und unsanft ins Präsidium bugsiert wurden. Dort wusste dann niemand mehr zu sagen, wer eigentlich in die Trillerpfeife gepustet und wer sich nur zur Gaudi hatte miteinkesseln lassen. Vor Gericht endete es mit einem Debakel für die Einsatzleitung und die Staatsanwaltschaft, die ständig gestritten hatten, ob man nun alle Protestierer laufen lassen oder rigoros einsperren sollte.

Fast ein Vierteljahrhundert ist seit dem Ereignis vergangen, das man im Präsidium an der Ettstraße noch immer nicht als „Münchner Kessel“ bezeichnen darf. Eine lange Zeit, in der sich die Treffen der Staats- und Regierungschefs genauso gewandelt haben wie die „bayerische Art“ der Polizei. „Wir haben die gewaltbereiten Demonstranten mit Freundlichkeit zermürbt“, resümierte Robert Kopp den gigantischen Einsatz der Sicherheitskräfte beim G7-Gipfel in Elmau, wo Münchens Polizeivizepräsident als Stellvertreter des Einsatzleiters Robert Heimberger fungierte. Zu jedem Zeitpunkt war die Polizei mit

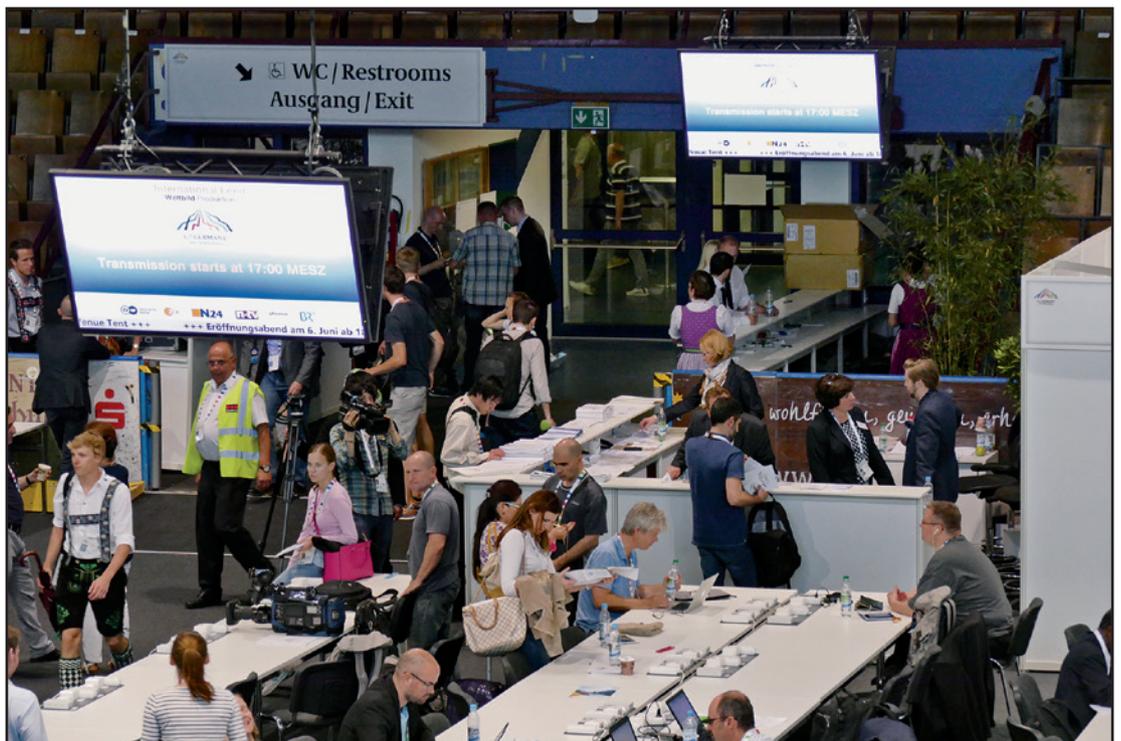
Im Medienzentrum verfolgen die akkreditierten Pressevertreter die Demonstrationen der Gipfelgegner und warten auf erste Ergebnisse der Gipfelgäste. Foto: Holeczek



Wolfgang Lohmann (r.), Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, erläuterte GdP-Chef Malchow seine Einschätzung der aktuellen Lage. Foto: Holeczek

den Demonstranten im Gespräch geblieben – auch mit denen, die schon mal die Toleranzschwelle der Beamten beim zivilen Ungehorsam austesten

geblieben waren, deren Erscheinen Innenminister Joachim Herrmann nach den Frankfurter EZB-Krawallen befürchtet hatte, bleibt wohl unklar.



GASTKOMMENTAR



DP-Autor Oliver Bendixen, Reporter vom Bayerischen Rundfunk, im Gespräch mit Wolfgang Sommer (l.), Präsident der Bayerischen Bereitschaftspolizei, am Rande des Mai-Einsatzes in Berlin.

Foto: Zielasko

Wer laut genug warnt, hat ohnehin immer Recht. Entweder es kommt so schlimm, wie prophezeit – oder man hat die Krawallprofis mit massiver Polizeipräsenz abgeschreckt. Im Raum Garmisch-Partenkirchen jedenfalls ging keine Fensterscheibe zu Bruch und kein Polizeiauto wurde angezündet. Und nicht eine bayerische Lüftmalerei wurde mit Politparolen überschmiert. Und damit unterscheidet sich der Elmauer Gipfel ganz radikal von fast allen politischen Mega-Events der letzten Jahre, bei denen verletzte Polizisten und Demonstranten zu Dutzenden in Kliniken eingeliefert und ein paar hundert Randalierer in Haftzellen einquartiert wurden. Rund 130 Millionen Euro ließen es sich der Bund und der Freistaat Bayern kosten, dass solche Bilder eben nicht um die Welt gingen, sondern die Fotos von Demoteilnehmern, an die die Polizei vor einem aufgedrehten Feuerwehrhydranten Pappbecher verteilte. Mit dieser neuen „bayerischen Art“ hat die Polizei schon bei der großen Anti-G7-Gipfel-Demonstration am Fronleichnamstag in München viel für die politische Streitkultur in Deutschland getan. Knapp 40.000 Menschen protestierten friedlich, bunt und fantasievoll gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP und den Klimawandel, für Flüchtlinge und fairen Handel mit der Dritten Welt. Frustriert war allenfalls der kleine „Schwarze Block“ in der Demo, den die Einsatzleitung eng von Hamburger Bereitschaftspolizisten begleiten ließ. Man kennt sich bereits.

Zur „bayerischen Art“ bei diesem

Einsatz gehörte es aber auch, die Beamten aus anderen Bundesländern eben nicht in zugigen Blechcontainern oder Schulturnhallen einzuquartieren, sondern in Gasthöfen und Pensionen – bis hin zum Biohotel mit Badeteich. „So etwas haben wir noch nie erlebt“, meinten Bereitschaftspolizisten aus Schleswig-Holstein. Ob Barack Obama nach der Bilderbuch-Präsentation deutscher Gemütlichkeit durch Angela Merkel je wieder ins Werdenfelser Land rund um Garmisch-Partenkirchen kommen wird, ist eher fraglich. Bei den Einsatzkräften aber geriet der Marschbefehl nach Bayern zur gut platzierten Fremdenverkehrswerbung. Dass die Gipfelverschiebung um zwei Tage – angeblich ein Wunsch des US-Präsidenten – den deutschen Steuerzahler über drei Millionen Euro kostete, fiel am Ende kaum noch ins Gewicht.

Was wirklich bleibt, ist die Erkenntnis, dass die Spirale der Demonstrationskrawalle gestoppt und in Deutschland auch friedlich gegen die Armut in der Welt, gegen die Macht der Konzerne und gegen Abkommen demonstriert werden kann, die viele Menschen nicht wollen. Rund um das Schloss Elmau hat die Politik für die Polizei viel Geld in die Hand genommen. Das hat sich ausgezahlt. Und was die Taktik angeht, hat sich mancher Beamter vielleicht an den im Frühjahr verstorbenen langjährigen Münchner Polizeipräsidenten erinnert und an einen Satz von Manfred Schreiber: „Liberal san ma scho – aber ned blöd!“





1 Tactical T-Shirt Under Armour®
HeatGear® Compression
 Art.-Nr. UA12160075-Größe (schwarz) Farben: schwarz, olivgrün, beige, weiß
 Art.-Nr. UA12160070-Größe (oliv) Größen: S - 3XL
 Art.-Nr. UA12160078-Größe (beige) Material: 82% Polyester, 18% Elasthan
 Art.-Nr. UA1216007W-Größe (weiß)

COMPRESSION



heatgear®
FÜR HEISSE TAGE
Hält kühl und trocken

Aktionspreis!
€ 29,90
statt 39,90*

2 Under Armour®
Original Boxershirt HeatGear®
 Art.-Nr. UA12303635-Größe (3" = 7,6 cm Beininnenlänge)
 Art.-Nr. UA12303645-Größe (6" = 15 cm Beininnenlänge)
 Art.-Nr. UA12303655-Größe (9" = 23 cm Beininnenlänge)
 Farbe: schwarz mit roten Under Armour® Schriftzug am Bund
 Größen: S - XXL; Material: 90% Polyester, 10% Elasthan
 Beininnenlängen: 3", 6", 9"

heatgear®
FÜR HEISSE TAGE
Hält kühl und trocken



FITTED

Aktionspreis!
€ 15,90
statt 24,90*

3 Under Armour®
Tactical Valsetz RTS Stiefel
 Art.-Nr. UA12502348-Größe US (beige)
 Art.-Nr. UA1250234-Größe US (schwarz)
 Stiefel mit normalem Fussbett.
 Farben: schwarz und beige
 Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)



Aktionspreis!
€ 119,90
statt 159,90*

4 Under Armour® Tactical
Valsetz RTS WIDE Stiefel
 Art.-Nr. UA12505995-Größe US (schwarz)
 Stiefel mit breitem Fussbett.
 Farbe: schwarz
 Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)



Aktionspreis!
€ 119,90
statt 149,90*

5 Under Armour®
Tactical Tac Duty Glove Handschuh
 Art.-Nr. UA12426205-Größe
 Farbe: schwarz
 Größen: S - XL
 Material: 100% Polyamid
 Leichter Handschuh mit atmungsaktivem Material auf dem Handrücken und zusätzlicher Polsterung über den Knöcheln.



Aktionspreis!
€ 34,90
statt 49,90*

6 Under Armour®
VX2-Y Rucksack
 Art.-Nr. UA1248859GR
 Größe: 50 x 32 x 16 cm
 Material: 100% Polyester
 Farbe: grau mit orangen Innenfutter
 Volumen: 23 Liter
 Das Außenmaterial ist abriebfester Kunststoff mit wasserabweisender Storm®-Imprägnierung.



23 l

Aktionspreis!
€ 79,90
statt 114,90*

7 carhartt® B342
Ripstop Cargo Hose
 Art.-Nr. CHB342B-Größe (khaki)
 Art.-Nr. CHB342O-Größe (olivgrün)
 Art.-Nr. CHB342S-Größe (schwarz)
 Farben: khaki (desert), schwarz, olivgrün
 Größen und Längen pro Größe siehe Zusatz/Größe/Farbe im Webshop.
 Material: 100% Baumwolle.
 Robuste und reißfeste carhartt® Ripstop Arbeitshose.



Aktionspreis!
€ 69,90
statt 99,90*

carhartt®
workwear

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers ** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Juni bis 31. August 2015 | *** ehemaliger Verkaufspreis

GdP-Programm: Kontrollen durch die Polizei unverzichtbar

Mit einem neuen „Verkehrspolitischen Programm“ will die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Sicherheit auf Deutschlands Straßen nachhaltig verbessern. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow sagte: „Überwachung, Aufklärung sowie die Entwicklung von Straßen- und Fahrzeugtechnik müssen vorangetrieben werden. Eine personell gut ausgestattete Polizei ist dazu unverzichtbar, der unmittelbare verkehrserzieherische Kontakt zu Verkehrsteilnehmern von enormer Bedeutung.“ In ihrem Positionspapier drängt die GdP auch auf ein generelles Tempo-30-Limit in Wohngebieten. Auf Autobahnen soll die Geschwindigkeit durch automatisches Einwirken auf 130 Kilometer pro Stunde geregelt werden. Statt der lokalen Blitzer setzt sich die GdP für die abschnittsbezogene Geschwindigkeitsüberwachung an dafür geeigneten Stellen ein.

Bei der Vorstellung des Verkehrspolitischen Programms der GdP auf einer vielbeachteten Pressekonferenz Mitte Mai in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle betonte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert: „Verkehrssicherheitsarbeit ist eine der Kernaufgaben und auch Kernkompetenz der Polizei. Wir wollen nicht nur Verkehrsunfälle verhindern. Es muss unser Ziel sein, die Zahl der Toten und Schwerletzten immer weiter zu senken.“

Weiterhin plädiert die größte Berufsvertretung der Polizei für verdachtsfreie Alkoholkontrollen, den Wegfall

des Richtervorbehalts zur Anordnung von Alkohol-Blutproben sowie die Anerkennung der Atemalkoholanalyse auch für Straftaten.

Verbindliche Null-Promillegrenze angestrebt

Plickert, der im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP für Verkehrspolitik verantwortlich ist: „Alkohol tötet auf den Straßen. Daher strebt die GdP die verbindliche Null-Promillegrenze für Fahrzeugführer sowie eine deutlich abgesenkte Promillegrenze für Radfah-

rer an.“ Ebenso müssten die Verwaltungsvorschriften für den Missbrauch von „Stoffen mit Drogenqualität“ sowie für das Zusammenspiel von Medikamenteneinnahme und Verkehrssicherheit angepasst werden.

Mehr Sicherheit nur mit mehr Polizei

In Fahrzeugen verbaute Datentechnik soll der Polizei unter rechtssicherem Fahrer-Datenschutz künftig für Vorbeugung wie Strafverfolgung zur Verfügung stehen. Sogenannte Fahrassistenzsysteme müssten obligatorische Fahrzeugausstattung werden. Plickert erklärte: „Wer Verkehrsregeln übertritt, gefährdet andere Menschen und letztlich sich selbst. Wer vor allem auf technische Überwachung setzt, verkennt die verkehrserzieherische Wirkung der unmittelbaren Belehrung durch eine Polizistin oder einen Polizisten. Und: Nahezu jeder geht doch vom Gas, wenn er im Rückspiegel den Streifenwagen erblickt. Wenn die politisch Verantwortlichen den Straßenverkehr sicherer machen wollen, dann geht das nur mit mehr Polizei.“

Keine populistischen Schnellschüsse

Über viele Monate hatte eine GdP-



Reges Medieninteresse für die Verkehrspositionen der GdP.

Foto: Zielasko





Arnold Plickert, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Verkehrspolitik verantwortlich: „Alkohol tötet auf den Straßen.“ Foto: Zielasko

Arbeitsgruppe unter Plickerts Leitung in Expertengesprächen, Befragungen von Kolleginnen und Kollegen im Verkehrsdienst sowie vielen internen Diskussionen in Fachgremien unter Einbeziehung der Erkenntnisse der Verkehrsgerechtstage darum gerungen, Positionen zu einer Verkehrspolitik zu erarbeiten, die nicht populistischen Schnellschüssen folgt, sondern, so der GdP-Bundesvorsitzende Malchow, „nachhaltig die Bedürfnisse und Interessen der Menschen, der Wirtschaft und der Natur in Einklang bringt“.

Unterstützt wurde die Arbeit durch Andrea Twachtmann, Referentin für Verkehrspolizeiliche Grundsatz-, Einsatz- und EU-Angelegenheiten beim Bremer Senator für Inneres und Sport. Sie sagte: „Unserem polizeilichen Auftrag gemäß haben wir bei der Erstellung des Verkehrspolitischen Programms der GdP besonders die Verkehrssicherheit in den Fokus genommen. Wenn die Bundesregierung das selbst gesetzte Ziel erreichen möchte, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, muss sie sich vor allem dem zugegebenermaßen unpopulären Thema Geschwindigkeitsbegrenzung zuwenden.“

Geschwindigkeit sei in Deutschland bei allen schweren Unfällen die meistgenannte Ursache. So gingen dem Statistischen Bundesamt zufolge 2014 bei über 45.000 Unfällen mit Personenschaden 1.155 Getötete, das sind mehr

als ein Drittel aller Todesopfer im Straßenverkehr, und über 61.000 Verletzte (16 Prozent aller Verletzten) auf zu schnelles Fahren zurück. Die überproportional hohen Anteile der Geschwindigkeitsopfer an den Verunglückten zeigen sich seit Jahren weitgehend konstant.

Gehetzte Fahrer

Plickert, auch GdP-Vorsitzender im Stau geplagten Nordrhein-Westfalen, erläuterte: „Verkehrssicherheit ist jedoch mehr als die Vermeidung von Unfällen. Verkehrssicherheit bedeutet auch, dass jeder, der am Straßenverkehr teilnimmt, sich sicher sein sollte, dass auch der andere die Regeln beachtet, um allen eine gefahrlose und stressfreie Teilnahme

am Straßenverkehr zu gewährleisten. Regelabweichungen haben oft nachvollziehbare Ursachen, die zum Teil in einem sich verändernden gesellschaftlichen Wertesystem, das von Konkurrenz, Hetze, individueller Überforderung oder medialer Ablenkung geprägt ist, begründet sind. Gerade deshalb ist es erforderlich, die Sicherheit im Straßenverkehr durch die klassischen Mittel, wie Überwachung, Aufklärung, Straßen- und Fahrzeugtechnik voranzutreiben.“

Für die GdP stehen bei ihren Vorschlägen für eine höhere Verkehrssicherheit die Verkehrsunfallprävention, die Verkehrssicherheitsarbeit, die Ursachenanalyse, die Verkehrsunfallaufnahme, aber auch eine konsequente Sanktionierung von Verkehrsverstößen im Vordergrund, so Plickert.

Unverzichtbare Verkehrsüberwachung

Der GdP-Vize weiter: „Wir halten es für zwingend erforderlich, dass sich die Politik zu der erforderlichen personellen Ausstattung der Verkehrsbereiche in der Polizei bekennt. Unerlässlich ist es, ausreichende finanzielle Mittel für eine sachgerechte Ausstattung und qualifizierte Aus- und Fortbildung zur Verfügung zu stellen. Die Polizei spielt in dem Bemühen um eine höhere Verkehrssicherheit trotz technischer Fortschritte



Paracelsus-Berghofklinik für Abhängigkeitserkrankungen

Spezielle Therapiegruppe für suchtkranke Polizeibedienstete

- Besondere Berücksichtigung der beruflichen Belastungen
- Aufarbeitung von suchtkrankheitsbedingten Konflikten und Problemen
- Vielfältige Therapiemöglichkeiten
- Wiederherstellung körperlicher Fitness
- Einzelzimmer mit Dusche, WC, Telefon



Paracelsus-Wittekindklinik für Psychosomatische Erkrankungen

Spezielle Therapiegruppe für psychosomatisch erkrankte Polizeibedienstete

Wir behandeln unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Belastung u.a.

- Erschöpfungszustände (Burnout)
- Depressionen
- Angsterkrankungen
- Schlafstörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Persönlichkeitsstörungen

Einzelzimmer mit Dusche, WC, Telefon

Vielfältige klinikinterne und externe Freizeitmöglichkeiten in waldeicher Umgebung.

Paracelsus-Kliniken
Empferweg 5
49152 Bad Essen
www.berghofklinik.de
www.wittekindklinik.de

Kontakt:
Anne Weikert
T 05472 935-156
anne.weikert@paracelsus-kliniken.de





Andrea Twachtmann, Referentin für Verkehrspolizeiliche Grundsatz-, Einsatz- und EU-Angelegenheiten beim Bremer Senator für Inneres und Sport: „Das Verkehrspolitische Programm der GdP hat besonders die Verkehrssicherheit im Fokus.“ Foto: Zielasko

dabei eine herausragende Rolle. Sie ist nach wie vor unverzichtbarer Bestandteil der Verkehrssicherheit und muss sowohl personell, als auch sachbezogen in die Lage versetzt und dort auch gehalten werden, ihren vielfältigen Beitrag zu erbringen.“

Die Polizei leiste diesen Beitrag zur Verkehrssicherheit durch unmittelbaren Kontakt mit Verkehrsteilnehmern bei Verkehrskontrollen und durch hochqualifizierte Arbeit im Rahmen der Verkehrsunfallprävention, -aufnahme und -bearbeitung.

Kernaufgabe

„Um eine solche Arbeit leisten zu können ist sowohl eine umfangreiche und spezialisierte Ausbildung wie auch eine dem Stand der Technik und den Anforderungen entsprechende Ausstattung erforderlich. Verkehrssicherheitsarbeit ist eine der Kernaufgaben polizeilichen Handelns. Ihr ist aus unserer Sicht daher

ein höherer Stellenwert einzuräumen als bisher. Die Verkehrssicherheitsarbeit ist gleichrangig mit der Kriminalitätsbekämpfung und der Bewältigung des Einsatzgeschehens zu sehen“, sagte Plickert den Medienvertretern.

Verkehrsexpertin Twachtmann ergänzte: „Die Ergebnisse, zu denen die Arbeitsgruppe gekommen ist, beziehen Verkehrsteilnehmer, Verkehrsmittel und verwaltungstechnische Konsequenzen gleichermaßen ein.“

Wesentliche Forderungen sind:

Bezogen auf die Verkehrsteilnehmer und Halter von Fahrzeugen fordert die GdP:

- die Sanktionsinstrumente so anzupassen, dass sie geeignet sind, Verkehrsteilnehmer zum regelkonformen Verhalten zu motivieren,
- Fahrzeughalter nachdrücklich dazu zu bewegen, ihrer Verantwortung für Verstöße, die andere als „beliebte“ Fahrzeuglenker begehen, gerecht zu werden,

- Fahrzeuglenker zur Einsicht zu führen, dass nahezu alle körperlichen Funktionen mit zunehmendem Alter nachlassen und daraus Verpflichtungen gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern erwachsen,
- die Implementierung alters- und altersgerechter Aus- beziehungsweise Fortbildungsformen, um sicherzustellen, dass Rechtsänderungen in jedem Alter zur Kenntnis genommen und beachtet werden können,
- dass für Fahrzeugführer die Null-Promillegrenze obligatorisch wird und für Fahrradfahrer eine deutliche Absenkung des derzeitigen Grenzwertes erfolgt.

Im Hinblick auf Verkehrsmittel fordert die GdP:

- eine dem Entwicklungsstand der in Fahrzeugen zunehmend vorhandenen Datentechnik entsprechende Verwertung von Daten sowohl für präventive als auch für repressive Zwecke. Hierzu ist eine klare, dem



VERKEHRSSICHERHEIT

Verkehrsteilnehmer nützende Rechtsetzung vorzunehmen,

- die obligatorische Ausstattung aller Fahrzeuge mit verfügbaren Assistenzsystemen,
- die Weiterentwicklung verkehrssicherheitsrelevanter Technik bei Fahrrädern und motorisierten Zweirädern und sogenannten Fun-Fahrzeugen, einschließlich Pferdefuhrwerken.

Verwaltungstechnisch spricht sich die GdP dafür aus, dass

- die Geschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften außerhalb von Verkehrsstraßen, jedenfalls in Wohngebieten, auf 30 Kilometer pro Stunde begrenzt wird,
- die Geschwindigkeit außerhalb geschlossener Ortschaften verstärkt polizeilich zu überwachen und die Straßen bautechnisch zu „entschärfen“,
- die Autobahnen mit Geschwindigkeitsbeeinflussungsanlagen auszustatten, damit Tempo 130 Kilometer pro Stunde dort zur Regel wird,
- die abschnittsbezogene Geschwindigkeitsüberwachung an dafür geeigneten Strecken obligatorisch eingeführt wird,
- verdachtsfreie Alkoholkontrollen stattfinden können, der Richtervorbehalt zur Anordnung von Blutproben bei Verdacht einer Trunkenheitsfahrt entfällt und dass die Atemalkoholanalyse auch für Straftaten gilt,
- alle Stoffe, die „Drogenqualität“ haben von Paragraf 24a Straßenverkehrsgesetz erfasst werden,
- die „bestimmungsgemäße“ Einnahme von Arzneimitteln und das gleichzeitige Führen von Fahrzeugen sachgerecht im Sinne der Verkehrssicherheit geregelt wird.

Zu den Sonderverkehren stellt die GdP folgende Forderungen auf:

- die vorhandenen Fahrtschreiber sind ebenso wie Geschwindigkeitsbegrenzer manipulationssicher zu

munikationsschnittstelle für sinnvoll. **Im europäischen Kontext ist es erforderlich:**

„Um die in den EU-Verkehrssicherheitsprogrammen propagierte Vision-



O-Töne: GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow mit einem TV-Statement.

Foto: Zielasko

bauen; Auslesegeräte für die Polizei müssen in hinreichender Zahl und hoher technischer Qualität zur Verfügung stehen,

- zur Erfüllung der diversen Kontrollquoten ist ausreichendes und gut ausgebildetes Personal zur Verfügung zu stellen,
- um Sanktionen mit dem genügenden Nachdruck zu versehen, soll das Instrument der Vermögensabschöpfung leichter angewandt werden können,
- die Einrichtung von Fernfahrerstamm-tischen hält die GdP als wichtige Kom-

Zero auch nur annähernd zu erreichen, ist eine wesentlich bessere Vernetzung der Mitgliedsstaaten sowohl im verwal-tungs- als auch im verfahrenstech-nischen Sinne herbei zu führen.“

hol

Die „Verkehrspolitischen Positionen“ der GdP.



Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622





Neue Promillegrenzen für Radfahrer?

Von Peter Schlanstein

Betrunkene Radfahrer sind gefährlich. Sie stellen auch für andere ein Sicherheitsrisiko dar. Das Problem: Für Radler liegt die Grenze der strafbewehrten, sogenannten absoluten Fahrunsicherheit nach höchstrichterlicher Rechtsprechung bei einer Blutalkoholkonzentration (BAK) von 1,6 Promille. Bei niedrigeren BAK-Werten erfordert eine Bestrafung von Radfahrern den zusätzlichen Nachweis alkoholbedingten Fehlverhaltens, der in der Praxis nicht immer leicht zu führen ist. Im Unterschied zu Kraftfahrern existiert für Radfahrer bislang kein bußgeldbewehrter Gefahrgrenzwert, wie er in Paragraph 24a Straßenverkehrsgesetz (StVG) durch die 0,5-Promillegrenze vorhanden ist. Sind jetzt neue Promillegrenzen notwendig?

Oft zeigen Radler wenig Bewusstsein, dass gewisse Verkehrsregeln, besonders zum Alkoholkonsum, auch für sie gelten, und welchen Gefahren sie sich und andere aussetzen, wenn sie betrunken am Lenker in die Pedalen treten. Laut Statistischem Bundesamt verunglückt in Deutschland alle sieben bis acht Minuten ein Radfahrer – 90 Prozent davon innerhalb geschlossener Ortschaften. Im vergangenen Jahr wurden 396 Radfahrer bei Verkehrsunfällen getötet. Das sind 11,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Zugleich wurden 2014 insgesamt 14.516 schwer verletzte Radfahrer registriert, ein Anstieg um 9,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Leicht verletzt wurden 63.351 Radler, 9,5 Prozent mehr als 2013.

Überdies verunglückten im vergangenen Jahr 39 Menschen tödlich mit dem Pedelec 25, einem bis 25 Kilometer pro Stunde mit Elektroantrieb unterstützten Rad, das sich wachsender Verbreitung erfreut, auch weil es gemäß Paragraph 1 Abs. 3 StVG dem Fahrrad rechtlich gleichgestellt ist. Verletzt wurden mit diesem Fahrzeug mehr als 2.200 weitere Personen, über 600 von ihnen schwer: ein erschreckend hoher Blutzoll.

Fahrrad als Säufermobil?

Die Wiesbadener Statistiker wissen zudem, während im Mittel aller Verkehrsteilnehmer 2,5 Prozent der Beteiligten alkoholisiert in einen Unfall mit Personenschaden verwickelt sind, liegt bei Radfahrern der Anteil mit 4,4 Prozent überproportional hoch. Berufskraftfahrer fallen alkoholbedingt

mit nur 1,1 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden viel weniger negativ auf. Bei Motorradfahrern liegt der entsprechende Wert bei 1,5 Prozent, bei Pkw-Fahrern und Fußgängern bei 2,3 Prozent, also ebenfalls unter dem Durchschnitt. Radfahrer verunglücken also etwa doppelt so häufig alkoholbedingt wie Pkw-Fahrer und Fußgänger, dreimal so häufig wie Motorradfahrer und viermal häufiger als Lkw-Fahrer. Dem Fahrrad scheint somit eine bedeutende Rolle als „Säufermobil“ zuzukommen. Gründe der Verkehrssicherheit sprechen dafür, das statistisch für Radfahrer stark erhöhte Risiko, sturzbetrunken einen Unfall zu verursachen, zu reduzieren.

Erhebliches Dunkelfeld

Längst nicht alle alkoholbedingten Unfälle mit Radfahrern werden registriert, insbesondere sogenannte Alleinunfälle nicht, bei denen „nur“ der Radler selbst verletzt wird. Eine von 2009 bis 2010 im westfälischen Münster durchgeführte Fahrradstudie hat gezeigt, dass die Zahl der Fahrradunfälle mit Personenschaden dreimal höher liegt, als dies die polizeiliche Unfallstatistik ausweist. Alkohol dürfte hier eine große Rolle spielen, denn Fahrradstürze ohne äußere Einwirkung ereignen sich nachts, wenn verstärkt Alkohol konsumiert wird, deutlich häufiger als tagsüber.

Der Konsum von Alkohol schränkt die Fähigkeit sowohl ein Kfz als auch ein Fahrrad im Straßenverkehr zu führen, erheblich ein und sollte deshalb, soweit es gefährlich wird, strikt verboten sein.

Unbefriedigende Rechtslage

Als Grundverbotsnorm im Rahmen eines abstrakten Gefährdungsdelikts kommt bei alkoholisierten Radfahrern derzeit lediglich ein Vergehen nach Paragraph 316 Strafgesetzbuch (StGB) in Betracht, wonach unter anderem das Führen von Fahrzeugen bei Fahrunsicherheit, die infolge Alkoholeinwirkung eingetreten ist, unter Strafe gestellt wird.

Angetrunkene Radfahrer gefährden zwar oftmals in erster Linie sich selbst, jedoch in zweiter Linie auch andere Personen. Leicht provoziert ein entsprechender Fahrfehler im dichten Verkehrsgeschehen einen anderen Verkehrsteilnehmer zu einem riskanten Ausweichmanöver oder endet sogar in einer direkten Kollision.

Für die Polizei ist die gegenwärtige Rechtslage schon aus Gründen der Prävention unbefriedigend. Sie darf Radfahrer unterhalb des absoluten Grenzwerts in der Regel nicht aufhalten. Außer gutem Zureden bestehen keine Handlungsoptionen. Schließlich sind die unterhalb der absoluten Schwelle geforderten Ausfallerscheinungen nur schwer nachzuweisen, erst recht im Nachhinein durch den Strafrichter. In der Praxis ist die relative Fahruntüchtigkeit von Radfahrern daher weitgehend bedeutungslos.

Sogar bei MPU: Grenzwert jetzt bei 1,1 Promille

Nach ständiger Rechtsprechung wird für Radfahrer die absolute Fahruntüchtigkeit nach Paragraph 316 StGB erst ab 1,6 Promille BAK unwiderleglich vermutet. Die polizeiliche Einschreitgrenze muss sich daher, soweit mangels relevanter Ausfallerscheinungen keine relative Fahrunsicherheit vorliegt, an der Höhe der rechtsrelevanten Blutalkoholgrenze orientieren. Das heißt an einem Wert, der über eine „normale Trinkfestigkeit“ weit hinaus geht und zugleich nach Paragraph 13 S. 1 Nr. 2 c Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) obligatorisch eine Aufforderung zur



Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU) nach sich zieht, die auch bei Radfahrern rechtlich vorgesehen ist.

Nach neuerer Rechtsprechung ist inzwischen aber schon bei Erreichen von 1,1 Promille – und unterhalb dieser Grenze bei relativer Fahruntüchtigkeit in Verbindung mit nachgewiesenen alkoholbedingten Fahrfehlern – die MPU zwingend anzuordnen. Dies hat zur Konsequenz, dass auch ein Radfahrer durch die Fahrerlaubnisbehörde künftig aufgefordert werden müsste, ab einer BAK von 1,1 Promille eine MPU durchzuführen. Abstrus in dem Zusammenhang ist jedoch, dass zur Beweissicherung – in Ermangelung eines vorhandenen Verbotstatbestands – eine Blutentnahme weder durch den Richter noch durch den Staatsanwalt oder die Polizei angeordnet werden dürfte, die den notwendigen Befund für das Erfordernis der MPU erst liefern könnte.

Ungelöstes Sicherheitsproblem

Ein im Auftrag der Innenministerkonferenz (IMK) erstelltes Verkehrsfragebild „Radfahrer im Straßenverkehr unter Alkoholeinfluss“ (Stand: März 2013) hat festgestellt, dass von alkoholisierten Radfahrern bereits im Promillebereich von 0,3 bis 1,59 Promille erhebliche Gefahren ausgehen. Deshalb hat die IMK 2013 die Verkehrsminister- und die Justizministerkonferenz gebeten, sich mit einer Prüfung der bestehenden Rechtslage zu befassen. Die Verkehrsministerkonferenz teilte bereits die Einschätzung der IMK, dass die bestehende Rechtslage vor diesem Hintergrund überprüft werden sollte und die Verkehrsunfallentwicklung bei Radfahrern Handlungsbedarf aufzeige. Zuvor war in der Justizministerkonferenz schon nach Kenntnisnahme des vorher genannten Lagebildes beschlossen worden, vor einer eingehenderen Überprüfung der Rechtslage zur Fahruntüchtigkeit von Radfahrern das Ergebnis aktueller wissenschaftliche Untersuchungsberichte einzuholen. Nun haben zwei im vergangenen Jahr durchgeführte Untersuchungen bei den Instituten für Rechtsmedizin der Universitäten Düsseldorf und Mainz nach den objektiven Befunden der medizinischen Untersuchungen von Probanden einen moderaten Anstieg der alkoholbedingten Fahrfehler bis etwa 1,0 Promille aufgezeigt. Bei höheren

Werten habe die Fehlerquote indes recht deutlich zugenommen.

Daraus erkannte ein Expertensymposium anlässlich der Leipziger Automesse im Juni 2014 zwar keine zwingende Notwendigkeit für eine Herabsetzung des in der Rechtsprechung angenommenen Grenzwertes zur absoluten Fahruntüchtigkeit von Radfahrern ab 1,6 Promille. Jedoch wurde dort, wie der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e. V. (B.A.D.S.) meldete, gefordert, einen eigenen Ordnungswidrigkeiten-Tatbestand bei Alkohol am Fahrradlenker einzuführen.

Gesetzgeber sollte neue Sanktion einführen

Vier Monate später verlangte der B.A.D.S. als Ausrichter des Expertenkongresses von der Bundespolitik, die Diskussion über einen Grenzwert für alkoholisierte Radfahrer voranzutreiben und nun doch den Wert der strafrechtlichen Sanktionierung von 1,6 Promille für die folgenlose Trunkenheitsfahrt eines Radfahrers deutlich zu reduzieren. Der vom Gesetzgeber festzusetzende Grenzwert sollte einschließlich Toleranzzuschlag keinesfalls über 1,1 Promille liegen. Eine Reihe von Institutionen der Verkehrssicherheitsarbeit wie die Deutsche Verkehrswacht, der Deutsche Verkehrsexpertentag und die Gewerkschaft der Polizei setzten sich zum Teil bereits seit Jahren für niedrigere Promillewerte bei Radfahrern ein.

Phänomen der Situationsernüchterung beim Test

Dass die Leistungen der mehr oder weniger trinkfreudigen Probanden trotz erheblichen Alkoholgenusses in den Düsseldorfer und Mainzer Untersuchungen – für manche überraschend – nicht noch wesentlich schlechter ausgefallen sind, begründet der Rechtsmediziner Hans-Thomas Haffner von der Universität Heidelberg mit der sogenannten Situationsernüchterung, die neben eventueller Gewöhnung als Kompensierung eine nicht zu unterschätzende Rolle spiele.

Zunächst könne ein symptomatologischer Gewöhnungseffekt von Alkohol bei Probanden bewirken, dass sogenannte Ausfallerscheinungen bei ihnen

später auftreten als bei Kandidaten, die nicht alkoholgewohnt sind. Die andere Seite, die unabhängig davon – und zwar bei jedem Menschen – auftrete, sei die besagte „Situationsernüchterung“, die beschreibe, dass, „wenn man will, man seine alkoholbezogenen Symptome und die Ausfallerscheinungen seiner



DP-Verkehrsexperte Peter Schlanstein.

Foto: privat

Trunkenheit sehr gut dämpfen oder gar vollständig kompensieren kann, zumindest für eine gewisse Zeit“, sagte der Heidelberger Universitätsprofessor bei einem Symposium der Deutschen Gesellschaft für Verkehrsmedizin e.V. (DGVM) und der Deutschen Gesellschaft für Verkehrspsychologie e.V. (DGVP) Anfang September in München. Hierbei sei eine „sehr, sehr hohe Variationsbreite“ vorhanden. Diese Erkenntnis stellt die bis zum Wert von 1,0 Promille weitgehend „ordentlichen“ Fahrleistungen von angetrunkenen „Burschen“ auf dem Rad in einer ihnen voll bewussten Prüfungssituation natürlich stark in Frage. Der Verkehrsmediziner illustrierte dies durch den Vergleich mit einer Person, die so betrunken sei, dass sie mit dem Auto vor der Polizei in deutlichen Schlangenlinien fahre. Sobald das Display „STOP POLIZEI“ aufleuchte, könne der Fahrer plötzlich wieder ganz normal und auch regelkonform geradeaus fahren. In der Praxis könne man Alkoholiker mit zuweilen sogar 2,5 bis 3,0 Promille sehen, die in ihrer Leistungsfähigkeit scheinbar völlig unbeeinträchtigt vor einem stehen.



Welche Leistungsminderungen bei wieviel Promille Alkohol im Körper von erwachsenen Personen eintreten, listet die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) auf ihrer Homepage unter der Überschrift „Kenn dein Limit“ auf: Demnach vermindert sich bereits ab 0,3 Promille die Sehleistung. Um Aufmerksamkeit, Konzentration

Aggressionsbereitschaft, und die Kritikfähigkeit geht verloren.

Wer will nach solchen Aussagen noch behaupten, dass die Gesamtleistungsfähigkeit eines Menschen in Balance auf dem Fahrrad – bis zum Wert von unter 1,6 Promille BAK – mangels geistiger oder körperlicher Mängel nicht soweit herabgesetzt ist, dass er,

Gefahrensituation führte die Experten mehrheitlich dazu, trotz des Bedürfnisses weiterer Untersuchungen, einen Bußgeldtatbestand mit einem Grenzwert von 1,1 Promille BAK beziehungsweise 0,55 Milligramm pro Liter Atemalkohol-Konzentration (AAK) einzufordern. Beweissicher dokumentiert werden soll der neue Promillewert laut

ADAC

Promillegrenzen für **Fahrradfahrer im Ausland**

Land	Promillegrenze	Sanktion	Land	Promillegrenze	Sanktion
Belgien	0,5	ab 150	Norwegen	Keine ⁽¹⁾	(2)(3)
Dänemark	Keine ⁽¹⁾	ab 135 ⁽²⁾	Österreich	0,8	ab 800
Finnland	Keine ⁽¹⁾	(2)(3)	Polen	0,2	ab 145
Frankreich	0,5	ab 90	Portugal	0,5	ab 250
Großbritannien	Keine ⁽¹⁾	ab 35 ⁽²⁾	Schweden	Keine ⁽¹⁾	ab 180 ⁽²⁾⁽³⁾
Irland	Keine ⁽¹⁾	bis 2.000 ⁽²⁾	Schweiz	0,5	ab 110
Italien	0,5	ab 500	Slowakei	0,0	ab 200
Kroatien	0,5	ab 65	Spanien	0,5	ab 500
Luxemburg	0,5	ab 145	Tschechien	0,0	ab 100
Niederlande	0,5	ab 140			

- (1) Nur Verbot, mit einem Fahrrad zu fahren, wenn man alkoholbedingt nicht zum sicheren Führen des Rades in der Lage ist
 (2) Im Einzelfall Sanktion möglich für das Fahren eines Fahrrades, wenn man alkoholbedingt nicht zum sicheren Führen des Rades in der Lage ist
 (3) Einkommensabhängiges Bußgeld

Beträge in Euro (gerundet); im Einzelfall auch Führerscheinmaßnahmen möglich; Angaben ohne Gewähr

© 07/2014 ADAC e.V.

und Reaktionsvermögen ist es dann ebenfalls nicht mehr zum Besten bestellt. Dagegen steigt als negativer Faktor die Risikobereitschaft. Ab 0,8 Promille zeigt sich weiterhin eine ausgeprägte Konzentrationsschwäche, das Gesichtsfeld wird um 25 Prozent eingeschränkt, die Reaktionszeit deutlich verlängert. Gleichgewichtsstörungen und Selbstüberschätzung treten auf. Ab 1,0 Promille zeigen sich weitere Verschlechterungen der Sehfähigkeit sowie des räumlichen Sehens.

Die Reaktionsfähigkeit ist bereits erheblich gestört. Gleichgewichtsstörungen verstärken sich. Es kommt zu Orientierungsstörungen. Die Enthemmung steigt; zugleich wächst die

wie der BGH dies verlangt, noch „fähig ist, sein Fahrzeug im Straßenverkehr über eine längere Strecke, auch bei Eintritt schwieriger Verkehrslagen sicher zu steuern“?

Niedrigere Promillegrenze ist überfällig

Der Arbeitskreis des diesjährigen Goslarer Verkehrsgerichtstages sprach sich mehrheitlich für die Vornahme einer weiteren umfassenden Bewertung der Gefährdung aus, die von alkoholisierten Radfahrern ausgeht, und dies unter Einbeziehung aller vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Die nachvollziehbare, erhöhte

Gerichtspräsident Kay Nehm in Zukunft durch die Atemalkoholmessung, die im Übrigen auch für Werte oberhalb von 1,1 Promille bei Kraftfahrern gelten müsse und bereits einem Vorhaben des geltenden Koalitionsvertrages entspricht.

Mit einer vorgesehenen Ermäßigung der Rechtsfolge einer ordnungswidrigen folgenlosen Rauschfahrt von 500 auf 250 Euro für den Erstverstoß eines Radlers wird nach Einschätzung Nehms die geringere Fremdgefährdung hinreichend berücksichtigt. Ein befristetes Fahrverbot von mindestens einem Monat kommt für Radfahrer nicht in Betracht, da sich die entsprechende Vorschrift des Paragraphen 25 Abs. 1 StVG nur an Kraftfahrer wendet.



Armut – Ausgrenzung in einem reichen Land

Von Thomas Gesterkamp

Noch nie war Deutschland so stark sozial gespalten, stellt der jüngste Armutsbericht eines Wohlfahrtsverbandes fest. Medienkommentatoren und auch Politiker zweifeln die Methoden der Forscher an: Die Ergebnisse beruhen angeblich auf falschen Berechnungskriterien.

Guido Bohsem, Wirtschaftsredakteur der „Süddeutschen Zeitung“, ist vor kurzem durch Mecklenburg-Vorpommern geradelt und hat Dinge gesehen, die er auf seine Weise interpretiert. „Glaubt man dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, ist die Tour eine ziemlich traurige Angelegenheit.“ Danach durchquert man nämlich „das Armenhaus der Republik, eine Art großflächigen Ostküsten-Slum“. 24 Prozent der Menschen in dem nordöstlichen Bundesland sind dem Bericht zufolge arm oder von Armut bedroht – der höchste Wert in einem deutschen Flächenstaat. Bohsem hält das für „total übertrieben“ – und beruft sich auf eigene Erfahrungen. Mecklenburg-Vorpommern sei ein Land, „in dem die Radwege besser sind als manche Autobahn-Brücke in Westdeutschland“. Innenstädte und Dörfer seien „rausgeputzt, die Vorgärten gepflegt, vor den Häusern stehen Mittelklassewagen“.

Richtige Kriterien?

Der Journalist stört sich an den Kriterien, auf denen nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Europäischen Union die Statistik beruht. Diesen zufolge gelten Menschen als arm, wenn sie weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung haben. Bohsem findet „diesen Ansatz derartig grob, dass er völlig in die Irre führt“ – und stellt Berechnungen an, die auf ganz anderen Voraussetzungen basieren. „Angenommen, alle Menschen in Deutschland würden auf einen Schlag 100-mal so viel verdienen wie bisher.“ Dann wäre die Republik „reicher als jeder andere Staat der Welt, doch nach den Zahlen des Paritätischen ginge es uns kein bisschen besser“: Noch immer läge die mittlere Armutsquote bei über 15 Prozent.

Egal, ob sich der Meinungsmacher auf persönliche Urlaubsaneddoten oder

auf konstruierte Szenarien beruft, er liegt schlicht falsch. Jeder Student der Wirtschaftswissenschaft lernt die Mechanismen der Lohn-Preis-Spirale: Wenn die Einkommen um das Hundertfache steigen, kosten auch die zu kaufenden Produkte entsprechend mehr. Ein gewaltiger Inflationsschub stellt die alten Verhältnisse auf einem höheren Niveau wieder her.

Armut ist relativ

Armut und Reichtum ist immer eine Frage der Relation. An der Polarisierung oder gar Spaltung einer Gesellschaft ändert sich durch höhere Einkommen und Preise nichts. Und dass man Bedürftigkeit nicht unbedingt sieht, dass sich hinter geputzten Fenstern und properen Rasenflächen durchaus soziale Not verstecken kann, wird gerade für den ländlichen Raum seit Jahrzehnten in der soziologischen Forschung beschrieben.

Bohsems Text fügt sich in eine ganze Reihe von Kommentaren ein, die seit Monaten die wissenschaftliche Seriosität der Armutsberichterstattung attackieren. „Arm auf dem Papier“, „Statistische Winkelzüge“, „Zweifelhafte Mass führt zu falschen Rezepten“, „Deutschland rechnet sich arm“ oder „Eine neue Definition, bitte!“ lauten entsprechende Schlagzeilen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ oder „Neuen Zürcher Zeitung“. Die „Süddeutsche Zeitung“ stellt die verärgerte (und rhetorisch gemeinte) Frage, warum ein Sozialverband jedes Jahr wieder auf Armut und soziale Ausgrenzung hinweist – und liefert die Antwort gleich hinterher. Diese sei ganz „einfach, die Zahlen stützen seine Mission. Etwas böser kann man auch sagen: seinen Geschäftszweck.“

Nun lässt sich darüber streiten, wessen Mission ehrbarer ist. Die eines engagierten Anwalts der Einkom-

mensschwachen, der auf soziale Ungleichheit hinweist? Oder die eines Wirtschaftsjournalisten, dessen Verharmlosung des Problems sich bestens einbettet in das entsprechende publizistische Umfeld? Redaktionell geprägt ist dieses von Berichten über Bilanzpressekongressen und dem seitenlangen Abdruck der Börsenkurse für Geldanleger, garniert von den dazu passenden Anzeigen großer Konzerne. Ein Schuft, wer sich bei diesem Geschäftszweck etwas Böses denkt.

Weniger Armut, mehr Sicherheit

Das bedeutet keineswegs, dass die wissenschaftliche Berichterstattung über das Thema Armut nicht verbesserungsfähig wäre. Ergänzende Kriterien, die soziale Ungleichheit noch exakter messen, können sinnvoll sein. Ebenso spricht nichts dagegen, einen zweiten, enger gefassten Armutsbegriff einzuführen, der explizit ausweglose Notlagen beschreibt. Hilfreich ist auch ein Blick auf die Definition der Vereinten Nationen, die Parameter wie Teilhabe, Bildungsniveau und die Höhe der Lebenserwartung einbezieht. >



Warten auf Lebensmittel, die andere sonst weggeworfen hätten: Bedürftige stehen in einer Schlange vor einem Tafel-Laden in Karlsruhe an.

Foto: Uli Deck/dpa



Beispiele aus Skandinavien und anderswo belegen ein nur auf den ersten Blick verblüffendes Phänomen: In Ländern mit geringen Einkommensunterschieden geht es nicht nur den Armen, sondern auch der Mittelschicht und sogar den Reichen besser. Denn es gibt zum Beispiel gute Schulen, ein funktionierendes Gesundheitssystem und mehr Chancengleichheit der Geschlechter. Und eine deutlich entspanntere Sicherheitslage: In egalitär orientierten Gesellschaften gehen Obdachlosigkeit und Kriminalitätsraten zurück, die Zahl der Wohnungseinbrüche, der Raub- und Diebstahlsdelikte sinkt ebenso wie die der Gewaltverbrechen. Auch die Anfälligkeit für autoritäre, rassistische und rechtsextreme Einstellungen lässt nach.



Der Gang zur Tafel ist für viele Bedürftige mit Selbstüberwindung verbunden.

Foto: Caroline Seidel/dpa

Aberkennung des Bedürftigseins

Selbstverständlich ist Bedürftigkeit in wohlhabenden Staaten etwas völlig anderes als in Bangladesch oder in Teilen von Afrika. Hierzulande müssen Arme nicht hungern, verglichen mit dem Elend von Kalkutta oder Mombasa sind sie gut versorgt. Doch Armut muss man stets beziehen auf das Gemeinwesen, in dem sich die Betroffenen aufhalten. Im Kern geht es um gesellschaftliche Teilhabe, um das Vermeiden von Ausschluss und Ausgrenzung.

Das Medienfeuerwerk der vergangenen Monate zielte darauf, den Begriff der relativen Armut zu hinterfragen. Nicht nur konservative Politiker aus den Reihen von CDU und CSU, auch Sozialdemokraten zeigten sich von der Diskussion beeindruckt. Die zuständige Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) ärgert sich, dass negative Botschaften die Erfolgsmeldungen über ökonomische Erfolge der großen Koalition in Misskredit bringen. Sie kündigt eine Überprüfung der bisherigen Maßstäbe in der Armutsberichterstattung an, weil die gängige Berechnung nicht mehr zu vernünftigen Ergebnissen führe.

Schlussfolgerungen wie diese, schreibt der Autor Heribert Prantl bezeichnenderweise nicht im Wirtschafts-, sondern im Politikteil der „Süddeutschen Zeitung“, seien „das Bittere für die Bedürftigen in Deutschland: Sie haben die Anerkennung ihrer Bedürftigkeit verloren“. Deshalb, glaubt Prantl, ist die neue Armutsdebatte zugleich „eine hochpolitische Glaubwürdigkeitsdebatte“.

Der Armutsbericht

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat seine Studie zur Entwicklung der Armut in Deutschland unter dem Titel „Die zerklüftete Republik“ veröffentlicht. Denn in manchen Regionen nahm die Bedürftigkeit in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich zu. Das gilt vor allem für das Saarland, für Hamburg und Bremen sowie Teile Nordrhein-Westfalens mit einem Schwerpunkt im Ruhrgebiet. In Bayern und Baden-Württemberg stieg der Anteil der armen Menschen dagegen nur geringfügig. Einige ostdeutsche Länder wie Brandenburg und Sachsen-Anhalt verzeichnen sogar einen leichten Rückgang, allerdings basieren die Zahlen hier auf einem besonders hohen Ausgangsniveau. Bundesweiter Spitzenreiter der Armutsstatistik ist Bremerhaven, wo fast jeder dritte Einwohner (32,6 Prozent) betroffen ist.

2013 galten im Durchschnitt 15,5 Prozent der Deutschen als arm. Das entspricht etwa 12,5 Millionen Menschen und ist eine Zunahme um 400.000 Personen im Vergleich zu 2012. Seit 2006 ist die von dem Sozialverband ermittelte Armutsquote fast kontinuierlich gestiegen. Zahlen für das vergangene Jahr liegen noch nicht vor.

Die Datenbasis bildet der Mikrozensus, eine Befragung von Bürgern,

die das Statistische Bundesamt regelmäßig veröffentlicht. Als arm gilt nach europäischem Standard, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. 2013 lag diese Grenze für einen Singlehaushalt bei 892 Euro, für eine Familie mit zwei Kindern bei 1.873 Euro. Der Maßstab beruht auf den Verdiensten aller Deutschen, die (teilweise erheblichen) regionalen Lohnunterschiede und Lebenshaltungskosten werden nicht berücksichtigt. Würde man dies tun, säne die Armutsquote etwa in Dortmund von 21 auf 14 Prozent, in München stiege sie (vor allem wegen der hohen Mieten) von neun auf 18 Prozent.

Der Bericht des Wohlfahrtsverbandes hebt hervor, dass sich die Ungleichheit in einem Zeitraum verschärft hat, in dem die Wirtschaft boomte, die Erwerbstätigkeit zunahm und die Arbeitslosigkeit sank. Offenbar profitieren bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht oder wenig von der positiven ökonomischen Entwicklung. Dazu zählen Langzeitarbeitslose, die sich meist in den Großstädten konzentrieren, aber auch Geringverdiener in schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen. Ob der neu eingeführte Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde den Trend stoppen kann, lässt sich noch nicht statistisch ermitteln.

tg



„Vor allem arbeitende Menschen zahlen für die Gemeinschaft“

Rund 250 Milliarden Euro werden in Deutschland pro Jahr vererbt – eine gewaltige Summe, die kaum besteuert wird. Mit der Autorin Julia Friedrichs, die über die „Erbengesellschaft“ recherchiert hat, sprach der Journalist Thomas Gesterkamp.

Frau Friedrichs, in Ihrem neuen Buch „Wir Erben“ beschreiben Sie, „was Geld mit Menschen macht“ – so der Untertitel. Was hat Sie am Thema interessiert?

Julia Friedrichs: Ich glaube, dass zu wenig über das Erben gesprochen und gestritten wird. Es ist ein Tabuthema. Dabei wandelt sich das Land gerade zu einer Erbengesellschaft. Für meine Generation, die in den 70er- und 80er-Jahren Geborenen, wird die Frage „Erst du?“ enorme Wichtigkeit bekommen. Manche Wissenschaftler sagen: Erbschaften werden wieder die Bedeutung erlangen, die sie im 19. Jahrhundert hatten.



Julia Friedrichs, Jahrgang 1979, arbeitet als freie Autorin von Fernsehreportagen und Magazinbeiträgen. Foto: privat

Über welche Summen reden wir eigentlich?

Friedrichs: Es wäre schön, wenn ich diese Frage mit Gewissheit beantworten könnte. In Deutschland, wo das Statistische Jahrbuch zuletzt immerhin zweieinhalb Kilo wog, weiß niemand ganz genau, wie viele Milliarden im Jahr vererbt werden. Das liegt daran, dass es über die Armen in diesem Land sehr genaue Daten gibt, aber über die Reichen kaum. Nach der Durchsicht aller verfügbaren Studien gehe ich davon aus, dass pro Jahr etwa 250 Milliarden Euro vererbt werden, das ist fast so viel wie der gesamte Bundeshaushalt 2014. Insgesamt rund drei Billionen in den nächsten zehn Jahren – eine gewaltige Summe.

Vermögenden wird nachgesagt, sie scheuten die Öffentlichkeit. War es schwierig, Gesprächspartner zu finden?

Friedrichs: Es war extrem schwierig. Ich habe mehr als zwei Jahre an dem Thema gearbeitet. Was auch daran lag, dass ich Anfrage um Anfrage rausgeschickt habe und Absage um Absage zurückbekommen habe. Vor allem die ganz reichen Erben, die Nachkommen großer Unternehmer, haben sich einer Debatte fast vollkommen verweigert. Umso dankbarer bin ich denen, die trotzdem geredet haben. Der Sohn eines Düsseldorfer Firmenchefs und ein Nachkomme des Neckermann-Clans zum Beispiel.

Wieviel besitzen die Menschen, mit denen Sie gesprochen haben?

Friedrichs: Das war ganz unterschiedlich: Die einen haben ein Haus geerbt, die anderen ein Konto mit 500.000 Euro, die dritten eine Kunstsammlung mit Millionenwert. Der Düsseldorfer Unternehmer, mit dessen Sohn ich gesprochen habe, besitzt mehrere Hundert Millionen Euro.

Woher kommt das Geld?

Friedrichs: Das Geld verdanken die Erben oft einem Glücksfall: In Westdeutschland konnten die Nachkriegsgenerationen in den vergangenen Jahrzehnten enormen Wohlstand aufbauen. Es herrschte Frieden, die Wirtschaft wuchs, vor allem in den 70er- und 80er-Jahren waren die Zinsen extrem hoch. Da ist aus manchen guten, aber nicht spektakulären Akademikeraufbahnen ein Vermögen erwachsen, das nun an die Kinder weitergereicht wird – oft noch zu Lebzeiten. Wir beobachten, dass Schenkungen in den vergangenen Jahren stark zunehmen.

Und was machen die Erben damit, wie ist ihre Haltung dazu?

Friedrichs: Ich habe viele Erben gesprochen, die mit diesem Geld ein

Problem hatten. Sie sahen, dass das Vermögen ihrer Eltern ihnen Immobilien verschafft, ein monatliches Einkommen, ein Sicherheitsnetz. Und viele sagten: Wir sind froh, dass das Geld da ist, aber wir haben es nicht verdient. Wir hätten unser Leben lieber selbst aufgebaut.

Die einen kaufen mit 30 Jahren eine teure Eigentumswohnung, den anderen fehlen dafür lebenslang die Ressourcen. Warum wird in scheinbar homogenen Milieus so wenig über den familiären Hintergrund gesprochen?

Friedrichs: Ich glaube, wenn junge Menschen auch vom Erbe ihrer Eltern leben, widerspricht das dem Bild, das sie gerne von sich hätten. Wir leben in einem Land, das vermeintlich modern und individuell ist. Wir sind zur Selbstständigkeit erzogen, wollen Regisseure des eigenen Lebens sein. Wer sagt: Ich habe das Haus nur, weil meine Eltern es bezahlt haben, muss einräumen, dass die Strukturen noch immer – oder eher wieder – feudaler sind, als wir uns das alle einreden. >

Anzeige

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % %
Informieren Sie sich! % %
Telefon: (02207) 76 77 % %
www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!



Sie zitieren den Soziologen Heinz Bude mit dem Satz „Nichts ist ungünstiger für den Bewegungsscharakter einer Gesellschaft als die Herrschaft gebildeter Rentiers“. Lähmen Erben die Volkswirtschaft?

Friedrichs: Tendenziell ja. Ich habe mit Ökonomen gesprochen, die sagen: Wir befürchten, dass eine Erben-gesellschaft eher eine gelähmte, eine undynamische und unproduktive sein wird. Denn offenbar kümmern sich Menschen, die ein Vermögen ererbt haben, vor allem darum, wie sie es erhalten können. Sie haben Angst, es zu verlieren. Sie sind nicht in dem Maße produktiv tätig wie jemand, der das Geld selbst verdient.

Ergeben sich aus Ihren Recherchen verteilungspolitische Forderungen?

Friedrichs: Deutschland ist ein Land, das Arbeit und Konsum sehr hoch besteuert. Vor allem die Menschen, die ihr Leben aus eigener Anstrengung bestreiten, zahlen also für die Gemeinschaft. Kapital wird dagegen sehr niedrig besteuert, Erbschaften so gut wie gar nicht. Das finde ich falsch.

Das letzte Kapitel Ihres Buches heißt „Ich werde immer so müde, wenn ich ins Jakob-Kaiser-Haus gehe“. Was waren denn Ihre Erfahrungen im Bundestag?

Friedrichs: Wie gesagt, ermüdend. Abgesehen von der CDU teilten die Experten aller Fraktionen meine Sorge vor einer Erben-gesellschaft. Sie sagten, dies widerspräche dem Prinzip, wonach Lohn auf Leistung folgt. Sie glaubten, solch eine Gesellschaft wäre unerträglich ungleich. Sie fürchteten, sie könne dekadente Züge tragen. Ich fragte: Warum tun Sie dann nichts? Und sie sagten: Nicht durchsetzbar. Schwierig. Politisch umstritten. Das hat mich frustriert.

Vielen Dank für das Gespräch.

„Wir Erben – Was Geld mit Menschen macht“, Berlin Verlag, 2015, gebunden, 320 Seiten, 19,99 Euro, ISBN: 978-3-8270-1209-8



GdP im intensiven Dialog mit Gläubigen, Interessierten und der Politik

„Damit wir klug werden“, lautete das Motto des diesjährigen Kirchentages Anfang Juni in Stuttgart, an dem sich zum wiederholten Male auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) beteiligte. Auf dem sonst ein bekanntes Volksfest beherbergenden Canstatter Wasen luden die GdP und andere DGB-Gewerkschaften Besucher auf dem sogenannten Markt der Möglichkeiten zu Gesprächen über allerlei Themen ein.

Nicht nur bei den Schwerpunktthemen „Häusliche Gewalt“ und „Gewalt gegenüber Polizeibeamten“ erwies sich das GdP-Kirchentagsteam, oftmals im Dialog mit Betroffenen, als kompetenter und gefragter Ansprechpartner. Auch Fragen zum Auftreten und Erscheinungsbild der Polizei oder warum die Beamtinnen und Beamten auch auf dem Kirchentag bewaffnet sein müssen, wurden intensiv diskutiert. Ebenso ging es um Themen wie „Würden Ausschreitungen verhindert, wenn die Polizei nicht so martialisch auftreten würde?“ oder „Warum kümmert sich die GdP nicht um Opfer von Polizeigewalt?“

Bei den kleinen und jungen Kirchentagsbesuchern hatte die GdP leichtes Spiel. Der Kinder-Kommisarsausweis und die leckeren Gummibärchen entpuppten sich als wahre Renner. Und: Zahlreiche Jugendliche informierten sich über den Polizeiberuf.

Bei der Stippvisite der ehemaligen thüringischen Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht wurden Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Polizei erörtert. Bundesjustizminister Heiko Maas fand sich zu einem Foto zur Unterstützung der Kampagne „Auch Mensch – Polizei im



(v. l.) Martina Filla, Christine Lieberknecht, Dagmar Hölzl Fotos (3): Christoph Möhring



Lara Eckholtz (JUNGE GRUPPE) und Heiko Maas (m.)





(v. l.) Elke Gündner-Ede, Lara Eckholtz, DGB-Chef Reiner Hoffmann, Dagmar Hölzl, Christoph Möhring

Spannungsfeld“ bereit. Schließlich verweilte auch der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann am GdP-Stand und informierte Interessierte über diverse Fachthemen. Übrigens hatten in Stuttgart auch die Polizei- und Militärseelsorge ihren Platz eingenommen.

Mehr Raum für Diskussionen

Über 250.000 Menschen besuchten den viertägigen Kirchentag. Zurückgeführt wird der große Zulauf auf die offenere, lebendigere und politischere

Art der Veranstaltung, die für Gläubige mehr Raum bietet als der Kirchenalltag. Auf dem Kirchentag werden Debatten geführt, die in unserer Gesellschaft zu wenig geführt werden. Sie bringen Menschen zusammen, die sonst wenig miteinander zu tun haben. Es wird gesellschaftspolitisch über die Wege zu einer friedlichen Welt diskutiert, über eine gerechte globale Ordnung und über ethische Fragen rund um Leben und Tod.

Den fast tropischen Temperaturen trotzte ein GdP-Standteam, das sich erstmalig aus Kolleginnen und Kollegen der JUNGEN GRUPPE (GdP) und der Frauengruppe zusammensetzte. Neben viel Spaß reifte auch wieder der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit beider Personengruppen. In zwei Jahren steht der nächste Kirchentag an, schon jetzt ist die Freude auf ein Wiedersehen groß.

Dagmar Hölzl, Torsten Rohde

WILDUNFÄLLE



Wenn der Keiler in den Kühler kracht

Von Alexander Kolb

Es regnet, schlechte Sicht. An der Seite steht ein Schild, das vor Wildwechsel warnt. Die Lichtkegel der Scheinwerfer beleuchten ein Grau in Grau aus Bäumen und Asphalt. Da, von links, irgendwas bewegt sich schnell, dann der Aufprall. Das unmittelbare Bremsen hat das Schlimmste verhindert. Vorn ist das Auto ziemlich zerbeult. Das Wildschwein liegt keuchend auf der Straße ... Im Bereich des Polizeipräsidiums (PP) Mainz betrug der Anteil der Unfälle mit Wild am Gesamtunfallgeschehen in den Jahren 2012 und 2013 jeweils rund zehn Prozent. Einzelne Dienststellen mit hohem Waldanteil verzeichneten sogar einen Anteil von 24 Prozent. Und: Bei fünf Prozent aller Wildunfälle war der polizeiliche Schusswaffeneinsatz erforderlich.

Das „Töten von Tieren“ ist komplizierter, als sich manche Kolleginnen und Kollegen vorstellen. Vor allem, wenn sie es noch nie gemacht haben oder sie beim Gegenüber mit falsch interpretierter Tierliebe konfrontiert werden. Manchmal stellt sich auch nur die vermeintlich banale Frage: Wohin muss man denn schießen?

Jagdbares Wild wird im Bundesjagdgesetz (BJagdG) sowie den Länder-Jagdgesetzen (LJG) hinsichtlich Arten und Gattungen definiert. Nach

dem Leitfaden LF 124 umfasst der Begriff jagdbares Wild im Sinne des Jagdrechts und andere Wildtiere.

Im Sinne der gängigen Unfalldefinition und nach LF 124 geht man von einem Wildunfall (Typ 751 mit Ursache 86) immer dann aus, wenn ein Fahrzeug mit einem Tier kollidiert, das wildlebend ist und nicht von Menschen gehalten wird. Dabei kann es sich auch um ein bereits totes Wildtier handeln, das auf der Straße liegt. In der Unfallanzeige ist die Wildart zu benennen.

Kadaver beseitigen

Wild lebende Tiere sind nach Paragraph 960 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) herrenlos. Jagdausübungsberechtigte (JAB) haben jedoch ein Aneignungsrecht für dem Jagdrecht unterliegende Tiere. Schadenersatzansprüche gegen Jagdpächter, Förster oder Waldbesitzer können bei Verkehrsunfällen mit Wild in der Regel nicht geltend gemacht werden. Daher sind sie auch keine Unfallbeteiligten. Für normales Verhalten von Wild sind sie nicht verantwortlich.

Für JAB besteht ein Aneignungsrecht, jedoch keine entsprechende Pflicht. Sie sind also nicht verpflichtet, das tote Wild abzuholen oder es zu beseitigen. Für einen Jäger, der offensichtlich deutlich macht, kein Interesse an einer „Aneignung“ zu haben, verbleiben überdies keine weiteren Verantwortlichkeiten oder Pflichten: mit Ausnahme des Erlegens verletzten Wildes aus Tierschutzgründen. >



WILDUNFÄLLE

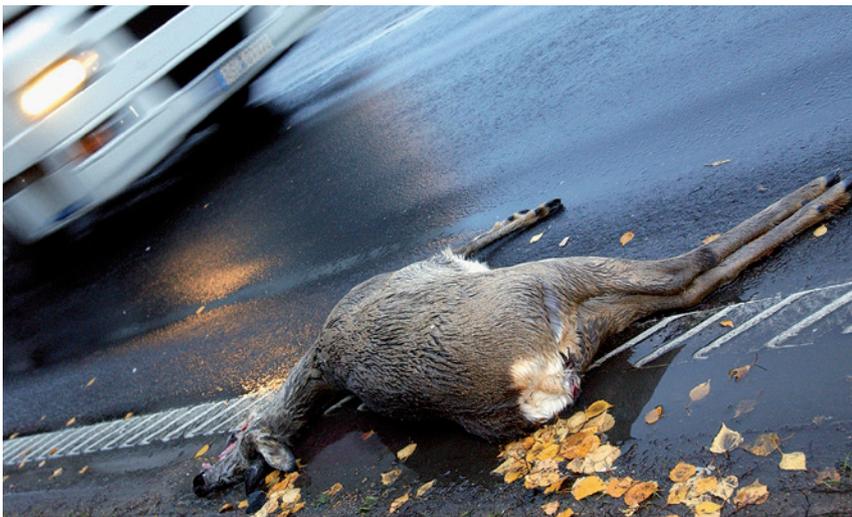
Auch der Wildunfall-Beteiligte muss das Tier nicht beseitigen. Halten muss er sich lediglich an die Pflichten aus den Paragrafen 32 und 34 der Straßenverkehrsordnung (StVO). Grundsätzlich zuständig ist dagegen der sogenannte Straßenbaulastträger. Das Bundesfernstraßengesetz in Verbindung mit den Landesstraßengesetzen klärt auf, wie das ist.

Das nationale „Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsrecht“ regelt weiter, dass ganze Körper oder Teile von Wildtieren, bei denen kein Verdacht auf eine übertragbare Krankheit besteht, von dessen Anwendungsbereich ausgenommen sind. Einer Einzelfallprüfung durch die Veterinärbehörde bedarf es nicht. Ein totes Wildtier könnte also grundsätzlich ohne weiteres in der Natur verbleiben.

Aspekte der öffentlichen Sicherheit und Ordnung müssen aber berücksichtigt werden. So sollten die Tiere vor allem so abgelegt sein, dass sie nicht tagelang „vor aller Augen“ verwesen und damit das ästhetische Empfinden der Menschen tangieren (öffentliche Ordnung). Auch könnten Aasfresser neue Unfallgefahren schaffen.

Schmerzen verhindern

Wer krankes, verletztes oder ver-



Für dieses Tier kommt jede Hilfe zu spät.

Foto: Patrick Pleul/dpa

detes Wild in der freien Natur wahrnimmt oder Wild angefahren oder überfahren hat, ist verpflichtet, dies anzuzeigen. Die Unfallaufnahmerichtlinien sehen vor, dass JAB unverzüglich zu unterrichten sind, wenn bei



Gefahr durch Wildwechsel.

Foto: Alois Litzlbauer/dpa

einem Verkehrsunfall Wild getötet oder verletzt wurde. Die Vorschrift richtet sich an die Polizei und ist eine Muss-Bestimmung. Bei Anzeichen oder Hinweisen, die den Ausbruch oder das Bestehen einer Tierseuche befürchten lassen, muss die Veterinärbehörde der zuständigen Kreisverwaltung unverzüglich verständigt werden.

Ist Wild an der Unfallstelle nicht verendet, wird meist zunächst von der Wache aus versucht, einen JAB zu erreichen, der sich des Wildes annimmt. Ein verletztes Tier sollte durch polizeilichen Schusswaffengebrauch nur getötet werden, wenn dessen Leiden durch originär Zuständige nicht

JAB eine Pflicht zu handeln, wenn ein Wildtier den Unfall überlebt hat.

Gnadenschuss

Kann ein JAB oder sonstiger Beauftragter nicht zeitnah erscheinen oder ist er nicht erreichbar, ergibt sich, falls ein Tier so verletzt wurde, dass ein Überleben nach vernünftigem Ermessen ausgeschlossen erscheint, die Notwendigkeit polizeilichen Handelns.

Rechtlich getrennt und differenziert zu betrachten sind Fälle, bei denen Wildtiere, Haus-, Weide-, Zoo- oder Zirkustiere unverletzt in privaten oder öffentlichen Bereichen Gefahrensituationen schaffen. Hier darf, unabhängig von der Gefährlichkeit des Schießens in diesen Bereichen, nicht ohne weiteres zur Gefahrenbeseitigung das Tier erschossen werden. Ansonsten könnte ein Verstoß gegen das Tierschutzgesetz (TierSchG) gegeben sein, da ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund getötet wurde. Das Töten kann in diesen Fällen nur als Ultima Ratio im Rahmen der Gefahrenabwehr zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geschehen. Weder Jagdrecht noch TierSchG dürften als Rechtsgrundlagen in Frage kommen, sondern ausschließlich das Gefahrenabwehrrecht mit allen Formvorschriften.

Stress und Flucht

Nach einem Unfall wird Wild durch die erlittenen Verletzungen schlagartig in eine Ausnahme- und Stresssituation versetzt. Der bei gesunden Tieren ausgeprägte Fluchtreflex gegenüber Menschen ist sprichwörtlich lahmgelegt. Auch wenn Wild vor Ort scheinbar still und „zähm“ an der Unfallstelle verbleibt, sollten im Sinne des Tierschutzes Annäherung, Berührung



(oder gar Streicheln) unbedingt vermieden werden. Ein Wildtier ist kein an den Menschen gewöhntes Haustier. Dem Tier sollte man sich nur des Sichtfeldes wegen (von hinten/schräg hinten) und nach Möglichkeit gegen den Wind nähern.

Das Leidenlassen könnte gegen das TierSchG und auch gegen das Jagdrecht verstoßen beziehungsweise ein Verstoß erst herbeiführen. Eine Grundlage zum Töten dieser Tiere könnte sich für die Polizei aus dem Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz des Landes Rheinland-Pfalz (POG RP) ergeben. Tiere sind dem Sachenbegriff entnommen (Paragraf 90a BGB) und werden im Polizeirecht weiter als solche behandelt (Paragraf 5 POG RP). Es dürfte sich dabei um eine unmittelbare Ausführung nach den Paragrafen 6, 9 POG RP handeln, bei der aber die Grundsätze des polizeilichen Schusswaffengebrauchs (Paragraf 63 POG RP) einzuhalten sind. Die Polizei kann auch einen Beauftragten (Jäger) in Anspruch nehmen, der hierfür Kosten geltend machen kann (Paragraf 34 Absatz 5 rheinland-pfälzisches Landesjagdgesetz (LJG)).

Arten und Anatomie

Bei Wildunfall relevanten Tieren wie Rotwild oder Wildschweinen ist die Lage der Organe im Körperinnern ähnlich. Das Herz befindet sich in der vorderen Körperhälfte. Dahinter liegt



DP-Autor Alexander Kolb ist seit 1989 Polizeibeamter. Nach seinem Studium zum gehobenen Dienst und mehreren Verwendungen in den Bereichen Einsatz und Verkehr ist der 1969 geborene Polizeihauptkommissar seit 2010 stellvertretender Leiter der Polizeiautobahnstation Gau-Bickelheim in Rheinland-Pfalz.

Foto: privat

die Lunge. Diese kann das Herz leicht überlappen (rechte Seite). Räumlich gesehen über (vor) dem Herzen kann teilweise oder auch ganz das Schulterblatt liegen. Der Herz-Lungen-Bereich liegt somit in der vorderen unteren Körperhälfte, etwa im vorderen Körper-Drittel. Dieser Bereich ist von den übrigen Organen (Leber, Nieren, Magen- beziehungsweise Pansen-

Darm-Trakt) durch das Zwerchfell abgetrennt.

Bereiche hinter dem Zwerchfell sind für wirksame Schüsse eine „Tabuzone“, da Eingeweide getroffen werden. Alle Bereiche oberhalb dürften grundsätzlich ebenfalls nicht geeignet sein. So leben Wildschweine mit einer erheblich gekrümmten Wirbelsäule. Aber auch bei Rehwild liegt im vorderen Bereich die Wirbelsäule sehr tief. Geht ein Schuss über die Wirbelsäule, sind tödliche Treffer nicht gewährleistet. Die Folge wären weitere starke Verletzungen und erhebliches Leid. Das Wildherz ist in Relation zum Körper häufig relativ groß, dennoch ist der benannte wirksame Trefferbereich höchstens so groß wie zwei Handflächen.

Rehwild ist eine der häufigsten „Schalenwildarten“. Dementsprechend oft ereignen sich Unfälle mit Rehwild. Rehe bleiben bei Verletzungen in der Regel ruhig sitzen oder liegen. Heftige Bewegungen mit stark ausschlagenden Beinen sind möglich.

Schwarzwild kommt überwiegend in Waldgebieten, aber auch in Feldbereichen vor. Das Gewicht kann zwischen wenigen bis weit über 100 Kilogramm schwanken. Die Tiere wehren sich und können empfindlich beißen, also besser das lebende Tier nicht berühren. Bei sehr kräftigem Schwarzwild kann es sinnvoll sein, unmittelbar zwei oder gar drei Schüsse

Reise & Erholung

wasser-craft
rafting canyoning oetzal

Sommer Abenteuer bei uns

TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo** v. Kollegen**
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei.
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,
HP 5 Tage ab 159,- €, Gruppenangebote an-
fordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-
urlaub.de

**Alle Polizeifeste
auf einen Blick**

www.Polizeifeste.de

**Sanatorium Anders
Bad Füssing**

Beihilfefähig §30GewO

Niedrigster Tagessatz € 61,00

- Arzt im Haus
- Beh.-Preise nach Beihilfe-VO
- Keine Wartezeit

Rheuma, Schmerzen in Hüfte,
Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen
Ihnen, Ihre Schmerzen zu lindern.

Kostenloses Prospekt:
Tel.: 0 85 31 / 2 40 40
www.KS-Anders.de

CanKick
-prickelnd anders-

TOP ANGEBOT
1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x ÜF/Pension DU-WC
Angebot pro Person
nur € 149,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 5252 200 38
info@cankick.at // www.cankick.at

Berlin-Mitte
FeWo bis 5 P., 2 Schlafz., Wohnz. mit Balkon, TV,
Küche, Bad, freie Ferientermine. Ab 40 €.
Tel. 0 30/4 02 66 93



hintereinander abzugeben. Unbedingt weiter schussbereit bleiben!

Füchse sind Vertreter der Hundeartigen, somit ein Raubtier. Das Körpermaß des Fuchses kann stark variieren. Ein noch lebender Fuchs wird immer versuchen, ein Anfassen mit Bissen abzuwehren. Vorsicht: Es besteht ein hohes Infektionsrisiko.

Dachse sind die größten europäischen Marder mit charakteristischer Schwarz-weiß-Zeichnung des Kopfes. Der Körperbau ist gedrungen mit schlankem Kopf, rüsselartiger Schnauze und kräftigen Grabpfoten. Das Gewicht beträgt bis zu 20 Kilogramm. Dachse sind sehr wehrhaft und können empfindlich kratzen und beißen.

Vorsicht ist auch bei verletzten Greifvögeln geboten. Diese haben scharfe Schnäbel und können sehr starke Greifkräfte entwickeln, bei der die Krallen Haut und Muskeln durchdringen können. Bei Greifen handelt es sich aber grundsätzlich um Tiere, die nach dem Naturschutzrecht einem Tötungsverbot unterliegen

Grenzerfahrungen in YouTube-Video

Selbst sonst sichere Schützen können beim Töten von Tieren an ihre Grenzen geraten. Nicht ungewöhnlich ist, dass Wildschweine und Rehwild verletzungsbedingt oder in verspürter höchster Not sehr laut klagen. Für Unbedarfte erfordert dies absolute Überwindung.

Sich im Vorfeld mental mit der Anforderlichkeit des Schießens auf ein Tier auseinanderzusetzen und sich die Anatomie des Tieres vor Augen zu führen ist daher sinnvoll. Warum also nicht Angebote nutzen oder gleich an Trainings der Schieß- und Ausbildungszentren teilnehmen? Wildschützen des Deutschen Jagdschutzverbands (DJV) werden von Experten allerdings als optimierungsbedürftig angesehen, da die Lage der Ringe in Bezug auf die Lage der inneren Organe nicht die optimale Trefferlage widerspiegelt.

Schüsse in die Herz-Lungen-Gegend oder mit Einschränkungen in den Kopf, wobei sich aus Sicht des Verfassers Kopfschüsse bei sich stark am Platz bewegendem Wild verbieten, sind optimal. Auch die internen

Vorschriften regeln, dass beim Töten von Tieren bis zu einer Größe von Rehen und Wildschweinen als Treffpunkt grundsätzlich der Brustkorb vorzusehen ist. Wegen der größeren Trefferfläche ist mit einem sogenannten Kammerschuss möglichst auf eine Brustseite (Herz/Lunge) zu schießen.

Kopfschüsse bergen aufgrund der kleinen Trefferfläche der Stammhirnbereiche die Gefahr von Fehlschüssen oder nicht tödlichen Kiefer- oder Halstreffern, die dem Tier erhebliche, langanhaltende Leiden verursachen können. Beide Varianten bedingen profunde anatomische Kenntnisse.



Ein Jäger trägt nach einem Wildunfall ein totes Reh von der Straße.

Foto: Julian Stratschulte/dpa

Eine sichere Schussabgabe ist nur auf gewachsenem Boden möglich. Schüsse auf verdichtetem Boden, Fahrbahnoberflächen oder felsigen Bereichen sind wegen der Gefahr von Abprallern oder Querschlägern gefährlich. Verantwortlich handelt, wer nach dem Schuss noch einige Minuten wartet, um sich des Todes des Tieres sicher zu sein.

Ist eine sichere Schussabgabe aufgrund der örtlichen Gegebenheiten unter keinen Umständen möglich, besteht noch die Möglichkeit des „Abfangens mit der kalten Waffe“. Hierbei handelt es sich um das Töten eines Tieres mit dem Jagdmesser. Richtig durchgeführt, entspricht das den Anforderungen tierschutzkonformen

Tötens von Wildtieren. Jedoch beherrschen dies nicht alle Jäger, und die Methode könnte für Außenstehende sehr grob und befremdlich wirken. Generell empfiehlt sich, in allen Fällen unbeteiligte Dritte – insbesondere Kinder – fernzuhalten. An die Allgegenwärtigkeit von Mobiltelefonen und Smartphones sei erinnert: Es wäre wohl nicht das erste Mal, dass polizeiliches Handeln in einem Video auf einer Internet-Plattform wie YouTube auftaucht.

Eigensicherung!

Kolleginnen und Kollegen sollten in erster Linie auf ihre Eigensicherung achten. Verkehrslage, Schussabgabe, Untergrund, aber eben auch eine mögliche Übertragung von Krankheiten und Parasiten können schlimmstenfalls gefährlich werden. Ein Infektionsrisiko durch Wildtiere besteht dann, wenn Erreger über Hautverletzungen oder Schleimhäute des Mund- und Nasenraumes in den Körper eingebracht werden. Daher ist das Tragen flüssigkeitsdichter Schutzhandschuhe ein Muss. Eine gewisse räumliche Distanz zum noch lebenden Tier ist daher ratsam.

Vorsicht vor Bissverletzungen: Besteht Verdacht auf Kontakt mit tollwütigen oder tollwutverdächtigen Tieren, muss das Gesundheitsamt verständigt werden. Steht ein Mensch unter Verdacht, an Tollwut erkrankt zu sein, ist eine sofortige stationäre Einweisung und intensivmedizinische Betreuung obligatorisch. Für Beamte und auch Vorgesetzte ist es wichtig, daran zu denken, dass bei Infektionsfällen mit einer auf Menschen übertragbaren Wildkrankheit, aber auch bei Verletzungen durch ein attackierendes (Wild-)Tier ein Dienstunfall vorliegen kann.

Womit schießen?

Das Jagdrecht verbietet, mit Pistolen oder Revolvern auf Wild zu schießen. Ausgenommen sind Fälle der Bau- und Fallenjagd sowie zur Abgabe von Fangschüssen, wenn die Mündungsenergie der Geschosse mindestens 200 Joule beträgt. Die Dienstpistole WALTHER P 99 Q im Kaliber 9 mm x 19 erreicht eine Mündungsenergie von 504 Joule, erfüllt somit diese Anforderungen um mehr als das Doppelte. Die Werte der Maschinenpistole Heckler



ENGLISCH FÜR DIE POLIZEI

IT'S ALL PART OF THE JOB



- Lehrbuch -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** unter Mitarbeit von **Eva Heinrich, Michael Popp** und **Udo Harry Spörl**.

11. Auflage 2014

Umfang: 360 Seiten

Format: 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur

Preis: 20,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0739-0

- Wörterbuch -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

5. Auflage 2014

Umfang: 480 Seiten

Format: 11,5 x 17,5 cm, Fadenheftung mit Kunststoffeinband

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0728-4

- Sprachführer -

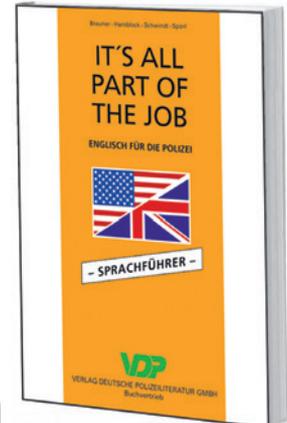
Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

2. Auflage 2006

Umfang: 256 Seiten

Format: 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0539-6



PAKETANGEBOT
Preis 45,90 €
Sie sparen 14,80 €

Seit gut 20 Jahren leistet das Lehrbuch „IT'S ALL PART OF THE JOB“ in der Polizei für den berufsbezogenen Englisch-Unterricht und für das Selbststudium wertvolle Dienste. Zu Recht gilt es unter Lehrenden und Lernenden mit sprachlichen Basiskenntnissen als ein Standardwerk in der polizeilichen Fremdsprachenausbildung.

Neben dem Lehrbuch besteht das Lehrwerk aus einem darauf abgestimmten Wörterbuch und einem Sprachführer.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

und Koch liegen noch darüber. >

Die Polizeimunition Action 4 dürfte für Fangschüsse auf jagdbares Wild ausreichen, sofern die richtigen Bereiche beschossen werden. Sie entspricht jedoch nicht ganz den jagdlich definierten Zielen an eine schnell und tierschutzgerecht tötende Munition. Hier ist neben hoher Energieabgabe auch starke Deformation gegebenenfalls mit Splitterbildung sowie Ausschuss erwünscht. Allerdings berücksichtigt die Polizeimunition auch Aspekte der Gefahrenminimierung; sie wurde daher auch bei den Berliner Forsten für Fangschüsse in städtischen Bereichen beschafft. Die Munition

dürfte bei entsprechend gutem Trefersitz einen für alle Belange ausreichenden Kompromiss darstellen.

Besser nicht pflegen

Ist es noch tierschutzgerecht, Wild, das den Menschen grundsätzlich meidet und diesem möglicherweise noch nie begegnet ist, einzufangen und zu behandeln? Nein. Das Tier wird mit großer Wahrscheinlichkeit – über die gesamte Behandlungsdauer – versuchen, sich zu entziehen, zu flüchten oder gar zu verteidigen.

Es sind aber Fälle bekannt, in denen Polizeibeamte mit Strafanzeigen

wegen vermeintlicher Jagdwilderei oder Verstößen gegen das TierSchG konfrontiert wurden. Das dürfte bei vorheriger Beachtung der Rechtslage aber nicht haltbar sein und sollte nicht davon abhalten, nach rechtlicher Prüfung im Sinne des Tierschutzes und der Gefahrenabwehr zu handeln.

Eine ausführliche Darstellung zum Thema finden Interessierte in der DP-Online-Ausgabe Juli unter [www.gdp.de/DEUTSCHE POLIZEI](http://www.gdp.de/DEUTSCHE_POLIZEI): „Der Wildunfall – Informations-Zusammenstellung zum Komplex Verkehrsunfälle mit Wild und anderen Tieren im Rahmen der polizeilichen Tätigkeit“.

STANDPUNKT

Eigentumsschutz vor Kinderschutz?

Von Franziska Breitfeld und Rainer Becker

In den zurückliegenden Wochen haben die Koalitionspartner von CDU/CSU und SPD begonnen, über eine Erhöhung der Strafandrohung zur Verbesserung der Bekämpfung der Einbruchskriminalität zu diskutieren. Anlass ist der stetige Anstieg von Einbruchsdelikten in der Bundesrepublik. Inzwischen ist ein 16-Jahreshoch erreicht.

Ein höheres Strafmaß soll davor abschrecken, fremde Rechtsgüter zu verletzen, nach begangenen Delikten einen angemessenen Ausgleich zum begangenen Rechtsbruch herbeiführen und nicht zuletzt Betroffenen von Straftaten aufzeigen, was sie der Gemeinschaft und der Justiz wert sind. Die von Einbrüchen betroffenen Rechtsgüter der Integrität des Wohnraums, des Eigentums sowie der psychischen Unverletzlichkeit der Opfer sind von der Rechtsordnung besonders zu schützen. In dem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass bereits jetzt nicht unerhebliche Ungleichgewichtungen bei den Strafandrohungen unseres Strafgesetzbuches bestehen, die durch die vorgeschlagenen Neuregelungen noch verstärkt würden. Aus dem Blickwinkel des Kinder- und Jugendschutzes fallen insbesondere der Strafrahmen für die Verbreitung sowie den Besitz und Erwerb kinderpornografischer Schriften sowie Straftatbestand und Strafrahmen des sogenannten sexuellen Missbrauchs eines Kindes ins Auge.

Krasses Missverhältnis

Zwar ist die Strafandrohung für die Verschaffung und den Besitz kinderpornografischer Schriften, die ein tatsächliches oder wirklichkeitsnahes Geschehen wiedergeben (Paragraf 184 b Absatz 3 Strafgesetzbuch (StGB)) von einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren auf immerhin drei Jahre erhöht worden, dies steht jedoch immer noch in krassem Missverhältnis zu einer Strafandrohung beim einfachen Diebstahl gemäß Paragraf 242 StGB mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe.

Beim einfachen Diebstahl geht es in erster Linie um eine Verletzung des Schutzgutes Eigentum, während es bei der Beschaffung und dem Besitz von kinderpornographischem Material um die Vergewaltigung beziehungsweise den Missbrauch eines Kindes vor laufender Kamera geht. Ausgangspunkt für die strafrechtliche Beurteilung des Konsums, des Besitzes und der Verschaffung von kinderpornografischen Materialien muss die Tatsache sein,



Franziska Breitfeld, Diplom-Juristin, Referentin Gewalt und Gewaltprävention, Deutsche Kinderhilfe e.V.

Foto: privat

dass der sexuelle Missbrauch eines Kindes oder Jugendlichen in hohem Maße traumatisierend und persönlichkeitsverändernd ist. Den Betroffenen werden erhebliche körperliche und



forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitsstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a • 40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

seelische Schäden zugefügt, deren Folgen ein Leben lang andauern können.

Abnahmer von kinderpornografischen Materialien sind mittelbar verantwortlich für den sexuellen Missbrauch von Kindern. Der Erwerb, Besitz und die Verbreitung kinderpornografischer Bilder tragen dazu bei, dass Kinder durch die Existenz eines entsprechenden Marktes sexuell missbraucht werden. Die Publikation und Vervielfältigung der Aufnahmen verletzt immer und immer wieder die grundrechtlich geschützte Menschenwürde und das Persönlichkeitsrecht der abgebildeten Kinder, ohne dass diese sich wirksam dagegen wehren können.



Foto: www.bildagentur-online.com/dpa

Wertes in unserer Gesellschaft ist es daher dringend geboten, das Höchststrafmaß des Paragraphen 184 b Absatz 3 StGB dem des Paragraphen 242 StGB zumindest gleichzusetzen. Auch der Mindeststrafrahmen sollte auf eine Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr angehoben und der Tatbestand somit zu einem Verbrechenstatbestand qualifiziert werden. Dies gilt nach Auffassung der Autoren im Übrigen für alle Vorsatzstraftaten, welche sich gegen Kinder richten.

Abschreckung?

Eine solche Erweiterung des Strafrahmens des Paragraphen 184 b StGB lässt sich neben bereits vorgebrachten Argumenten mit der stetig steigenden Zahl der insoweit begangenen Straftaten rechtfertigen. Dies zeigt die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bun-

deskriminalamtes auch dieses Jahr wieder deutlich auf. Die aktuelle Entwicklung verdeutlicht, dass der bisherige Strafrahmen zur Abschreckung der Täter und zum Schutz der vielen betroffenen Kinder nicht ausreicht. Darüber hinaus ist durch die Edathy-Affäre in der Gesellschaft der Eindruck entstanden, dass es sich bei Kinderpornografie um ein sogenanntes Kavaliersdelikt handele. Dem muss von Seiten des Gesetzgebers unbedingt entgegengetreten werden.

Gleiches gilt für die Strafandrohung beim sogenannten sexuellen Missbrauch eines Kindes gegenüber der sexuellen Nötigung eines Erwachsenen. Auch beim sexuellen Missbrauch eines wehrlosen Kindes geht unser Strafgesetzbuch in der Grundform noch immer davon aus, dass es sich lediglich um einen Vergehenstatbestand mit einer Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten handelt. Bei der sexuellen Nötigung eines grundsätzlich wehrhaften Erwachsenen ist dagegen festgelegt, dass es sich um ein Verbrechen mit einer Strafandrohung von mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe handelt.

Beim Namen nennen

Schließlich ist der Begriff des sexuellen Missbrauchs aus heutiger Sicht

Minderschwere Qualität

Hierzu passt es in keiner Weise, dass die körperliche Unversehrtheit und das Recht auf ungehinderte Entwicklung einer eigenen sexuellen Identität von Kindern gegenüber der Wegnahme einer fremden Sache in unserem Strafgesetzbuch lediglich als ein Delikt minderschwerer Qualität eingestuft werden. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Verfolgung und Bestrafung der Täter und natürlich auf die Abschreckung weiterer Tatgeneigter. Zum Schutz von Kindern hierzulande und zur Klarstellung ihres

Kapitalmarkt

<p>Beamtdarlehen 10.000 €-120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> Extra günstige Kredite für Sparfüchse Umschuldung: Raten bis 50% senken Baufinanzierungen gigantisch günstig <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>3,47% effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldersicherung.</p>
---	---	--	---

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen

Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

!SOFORTKREDITE!

vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980

Tel. 02 01/22 13 48

Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
Ohne Auskunft bis 10.000 €.

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international

www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75

Diakonie Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtdarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Hoing-Str. 19 - 46325 Borken-Wesela





Rainer Becker, Polizeidirektor, Vorstandsvorsitzender Deutsche Kinderhilfe e.V.
Foto: privat

Was hat Gesundheit mit Führung und was hat Führung mit Gesundheit zu tun?

... das fragten sich die Teilnehmerinnen der diesjährigen Arbeitstagung der Bundesfrauengruppe in Fulda, die der Thematik „Gesundheitsmanagement“ gewidmet war.

überholt und anpassungsbedürftig. Ein Missbrauch beinhaltet stets die Möglichkeit eines Gebrauchs wie bei Alkohol oder Medikamenten. Dies impliziert, dass es ein gesellschaftlich toleriertes oder sogar gewünschtes Gebrauchsmaß gäbe. Erst ein Überschreiten eines solchen führe zu einer gesellschaftlichen Verwerflichkeit und strafrechtlicher Verfolgung. Menschen und damit auch unsere Kinder entziehen sich der Möglichkeit eines Gebrauchs. Bei sexuellem Missbrauch handelt es sich um sexuelle Gewalt gegen Kinder, die auch als solche beim Namen genannt werden muss. Dies muss sich auch im Gesetzestext widerspiegeln.

Es gibt keine überzeugende Begründung dafür, dass Kinder als Betroffene von Sexualdelikten in unserem Strafgesetzbuch einen geringeren Schutz genießen als Erwachsene. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Die Strafandrohungen bei Angriffen gegen Leben, Gesundheit, Freiheit und sexuelle Selbstbestimmung sollten im Vergleich zu denen gegen bloßes Eigentum in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies erfordert, das Gesamtsystem unseres Strafgesetzbuches zu überprüfen und ein angemessenes Gleichgewicht, das noch immer nicht gegeben ist, herbeizuführen.

Aber zunächst erst einmal zu der Frage, warum sich die Frauengruppe mit Gesundheitsmanagement befasst. Auf dem GdP-Bundeskongress im vergangenen Jahr wurde der von der Bundesfrauengruppe eingereichte Antrag E 13 „Demografie im Arbeitsleben“ durch die Delegierten mit großer Mehrheit angenommen. Fakt ist, dass vor allem gesunde Beschäftigte in einer immer älter werdenden Arbeitswelt ein zunehmend wichtiger Faktor bei der Bewältigung der sich mehr und mehr verdichtenden Aufgaben sind.

Uns Frauen liegt diese Thematik auch sehr am Herzen, zumal die Nähe zu den von der Frauengruppe schon besetzten Themen wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Personalentwicklung nicht von der Hand zu weisen sind. Deshalb hat die Bundesfrauengruppe auf ihrer Arbeitstagung beschlossen, auch einen Beitrag bei der Umsetzung der oben genannten Beschlusslage zu leisten.

Es war also nur konsequent, dass sich die Frauen vor Aufnahme ihrer Arbeit genauer über die Welt des Gesundheitsmanagements informieren wollten.

Mit einer kurzen Einführung zu den wichtigsten Säulen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und Impulsreferaten zu den Themen „Salutogene Führung“ und „Unterschiedliche Auswirkungen von psychischen Belastungen auf Männer und Frauen“ erhielten die Teilnehmerinnen den notwendigen Input, um in den zwei darauffolgenden Workshops Ideen zu sammeln, um gegebenfalls einen gewerkschaftlichen Forderungskatalog zu erstellen.

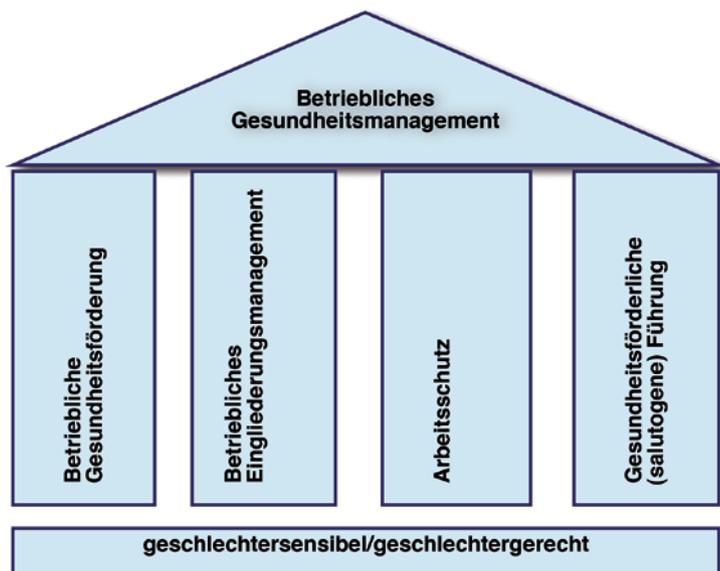
Natürlich lebten die Frauen das Gesundheitsmanagement auch praktisch – zwischen den inhaltlich sehr anspruchsvollen Vorträgen konnten sie mittels Lockerungs- und Entspannungsübungen, die sehr charmant von Christl Kern durchgeführt wurden, ihre Konzentrationsfähigkeit wieder voll und ganz herstellen.

Die Ergebnisse des Workshops werden die Grundlage für die Sitzung der neu gegründeten Arbeitsgruppe „Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement“ im September sein. Wir dürfen auf die Ergebnisse gespannt sein.



Referent und Coach Jonas Asendorpf erwies sich als guter Griff. Foto: Terweide

Wilma Wäntig



Quelle: Wilma Wäntig





CYBERCRIME!
MIT VORSICHT IM NETZ

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem **Präventionsportal**
der Gewerkschaft der Polizei

Intensive Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund)

„Macht und Mikropolitik in Organisationen“, so lautete der Titel der Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund) Ende April in Fulda. Sabrina Kunz, ehemalige Bundesjugendvorsitzende und jetzige stellvertretende Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz, startete mit ihrem Vortrag ein Feuerwerk an Energie, Input, amüsanten Beispielen und dem ein oder anderen „Aha-Effekt“. Sie stellte die Möglichkeiten von Macht und Taktiken, aber auch deren Auswirkungen dar. Ihr Fazit: Mikropolitik ist und bleibt unausweichlicher Bestandteil jeder Organisation! Aber sie muss eingedämmt werden, wenn ihre negativen Aspekte in den Vordergrund treten und dies ist nur möglich durch formale organisatorische Regeln und Transparenz.

Der zweite Tag der Arbeitstagung galt dem „Geschlechtersensiblen Gesundheitsmanagement“ (siehe Seite 31). Die 32 Kolleginnen aus dem gesamten Bundesgebiet hatten am Schlußtag Gelegenheit, über die Frauenarbeit in ihren Ländern und Bezirken zu berichten. Der Bundesfrauenvorsitzenden Dagmar Hölzl blieb dann noch Zeit, umfangreich über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft „Vereinbarkeit Beruf und Leben“, „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ aber auch über die Projekte der Frauengruppe

(Bund) wie das Personalentwicklungsprojekt, Führen in Teilzeit und über das von der Frauengruppe unterstützte Projekt des DGB „Was verdient die Frau – Wirtschaftliche Unabhängigkeit“ zu berichten.

Elke Gündner-Ede, für die Frauengruppe zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, informierte in einem gewerkschaftlichen Situationsbericht über die Tarifverhandlungen, die Einsatzbelastung der Polizei, das Gesetzesvorha-

ben für ein Entgelttransparenzgesetz, an dem die GdP mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften beteiligt ist, und den EuroCOP-Kongress im November 2015 in Dublin.

Annette Terweide



GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl und Referentin Sabrina Kunz.



Christiane Kern moderierte durch ein facettenreiches Thema.

Fotos: Terweide



FRAUEN

RICHTIGSTELLUNG: Im Beitrag über das „Personalentwicklungs-Projekt der Frauengruppe (Bund)“ im Juni-Heft DEUTSCHE POLIZEI (Seite 38) ist aus

technischen Gründen ein falsches Bild erschienen. Die Redaktion bittet um Entschuldigung. Nachfolgend werden die richtigen Bilder abgedruckt. **red**



Workshop-Teilnehmerinnen bei der Arbeit.



Fotos: Terweide

BÜCHER

Profiling: Nicht nur der Spur folgen

Viele kennen den Polizisten Axel Petermann als Autor interessanter Sachbücher, die sich lesen wie ein spannender Krimi und einen tiefen Einblick in die Arbeit eines sogenannten Profilers gewähren. Wer aber ist eigentlich dieser Mann, und wie kam er dazu, sich dem Profiling zu verschreiben?

Ich lernte ihn bei einem Lehrgang 1975 kennen. Er kam sehr schlaksig daher mit seinen langen, lockigen Haaren. Heute würde man ihn einen „echt coolen Typen“ nennen. Zudem fiel er durch seine analytische Methodik auf. Diese spiegelte sich natürlich auch in seinen Leistungen wider. Er gehörte immer zu den Besten. Danach verlor ich ihn aus den Augen. Als ich seine beiden Bücher gelesen hatte, fing ich an, mich für seine Arbeit zu interessieren. Deshalb lud ich ihn vergangenes Jahr für die jährliche Sommerveranstaltung der Frauengruppe Bremen zu einem Vortrag ein. Gebannt hingen alle an seinen Lippen, als er von seiner Tätigkeit erzählte.

Anfang des Jahres erfuhr ich von seinem neuen Buch. Da war es für mich logisch, dass alle GdP-Mitglieder etwas über die interessante Tätigkeit ihres bekannten Mitglieds erfahren sollten.

Untypischer Typ

Spannend, warum jemand mit seinem untypischen Äußeren, das in den 70er-Jahren so gar nicht in das Bild eines Polizisten passte, diesen Beruf gewählt hat. Die Erklärung war simpel. Nach der Schule hätte er zur Bundeswehr gemusst, wählte aber den Weg zur Polizei. Anfang Oktober 1970 meldete er sich bei der Bereitschaftspolizei in

Bremen. Damals hatte er noch vor, diese nach 18 Monaten zu verlassen, um Jura zu studieren und sich später als Rechtsanwalt niederzulassen. Zunächst, und das war der erste Schock an diesem Tag, wurden ihm die Haare kurz geschnitten. Doch der zweite folgte, als er sich nach Feierabend mit seiner Freundin traf, die ihn nur anschaute und danach ihre Beziehung für beendet erklärte.

Die Entscheidung, bei der Polizei bleiben zu wollen, hing dann mit dem Mord an Carmen Kampa zusammen. Die junge Frau wurde auf dem Weg von einer Diskothek zum Bahnhof Oslebshausen in Bremen am 1. Mai 1971 spät abends ermordet. Petermann hatte als „Bepoist“ seinen ersten bedeutenden Einsatz an diesem Tatort. Gefunden wurden damals ein Taschentuch und die Fahrkarte. Seine Affinität zu Mord und Totschlag und sein Wille, Verbrechen aufzuklären, waren geweckt. Fast 40 Jahre aber sollte es noch dauern, bevor Kampas Mörder ein Gesicht bekam.

Traum erfüllt

Der Weg zur Kripo war vorgezeichnet. Nach den üblichen Stationen Bepo und Schutzpolizei wurde er endlich Kriminaler, das Mobile Einsatzkommando (MEK) seine erste Station. Danach erfüllte sich sein Traum. 1980 kam er zum

Mordkommissariat, wo er bis zu seiner Pensionierung tätig war.

In diese Zeit fiel auch sein Kommissars-Lehrgang. Petermanns Faible für den Beruf des Kriminalbeamten führte ihn Ende 1990 auf die Spur des österreichischen Psychologen Thomas Müller, der über seine Profiler-Ausbildung bei der amerikanischen Bundespolizei FBI berichtete. Sein Interesse jedenfalls war geweckt, und nach dem Landeskriminalamt in München und dem Wiesbadener BKA gelang es ihm, Müller als Referenten in der Hansestadt zu gewinnen. Das hatte den Charme, dass die Polizei Bremen für Petermanns Ausbildung zum Profiler keinen Pfennig bezahlen musste. 5.000 Mark kostete damals übrigens die insgesamt auf drei Etappen verteilte Ausbildung.

In den Täter versetzen

Mit strahlenden Augen erläuterte der Kripo-Mann, dass ihm nach der Ausbildung bewusst wurde, welchen Stellenwert Profiling für die Arbeit der Kripo in Zukunft haben würde. Zuvor priorisierte die Mordkommission die Zeugen- und Täteraussagen sowie Indizienbeweise. „Man arbeitet sozusagen auf der Spur“.

Profiling lebt von dem Bemühen, sich in den Täter zu versetzen und dabei auch völlig kontrovers zu denken. Alles ist erlaubt. Profiling befasst sich ebenso mit den objektiven Befunden vom Tatort und an der Leiche sowie dem Verhalten des Täters nach dem Verbrechen. Was macht er zum Beispiel mit der Leiche?

Nicht außer Acht gelassen werden darf die Opferpersönlichkeit. Warum gerade dieser Mensch? War es Zufall oder wurde bewusst ausgewählt? Jeder



Gedanke ist zunächst gleichberechtigt. Petermann ist in seinem Element, als er sagt: „Über die Rekonstruktion des Verbrechens willst du verstehen, was da geschehen ist. Du willst die Motive des Täters verstehen.“ Über das Motiv kommt man auf das Profil. „Wer tut so was?“ Durch diese Vorgehensweise werden die eine oder die andere Idee ausgeschlossen. Der Ring um den Täter wird immer enger; seine Persönlichkeit immer transparenter.



Der Profiler: Ein Spezialist für ungeklärte Morde berichtet, Axel Petermann, Heyne Verlag, 304 Seiten, 9,99 Euro, ISBN: 9783453603592

Facetten von Macht

Petermann weiß um die Wichtigkeit der externen Experten wie Forensiker, Psychologen oder Ärzte. Zusammen mit Prof. Dr. Luise Greuel veranstaltet er jährlich das Interdisziplinäre Forum Forensik (iFF). Nicht nur Wissenschaftler, Psychiater, Psychologen und Kriminalbeamte und -beamtinnen aus Deutschland, sondern auch aus der Schweiz und Österreich nutzen diese intensive Gelegenheit des Austausches. Das Thema eines jeden Forums behandelt die Verbindung von Macht und Gewalt. Jährlich wird eine andere Facette von Macht thematisiert. In diesem Jahr stand die Macht des Hasses im Fokus.

Aufgrund seiner Aktivitäten wurde Petermann immer bekannter. Kaum verwunderlich, dass ein Verlag mit der Bitte an ihn herantrat, ein Fachbuch über Profiling zu schreiben. Klar, dachte sich der Fachmann, allerdings sollte das Werk sowohl authentisch als auch für den „normalen“ Leser verständlich sein. Offensichtlich gelang ihm dies gleich beim ersten Versuch. Der Titel „Auf der Spur des Bösen“ rangierte 20 Wochen in den Bestsellerlisten des „Spiegel“. Auch der Nachfolger „Im Angesicht des Bösen“ geriet zum Erfolg.

„Tatort“-Berater

Vier Frankfurter Tatorte wurden nach seinen Fällen gedreht. Einer erhielt sogar den Deutschen Fernsehkrimipreis. Dass er als Berater von Kriminalfilmen

gefragt ist, erklärt sich von selbst. Vielleicht hatte er deshalb nicht so viel Zeit, ein drittes Buch zu schreiben. Nach drei Jahren steht es aber jetzt druckfrisch in den Regalen der Buchhandlungen, „DER PROFILER“ erschien Mitte Juni im Heyne Verlag. Kritiker, die es bisher gelesen haben, meinen, es sei sein bestes. Er selbst zuckt nur mit den Achseln.

Petermanns Urteil ist gefragt. Vor allem Angehörige bitten ihn, die Ermittlungsakten von ungeklärten Tötungsdelikten nochmals zu lesen. Sie erhoffen sich, dass der Täter noch gefasst werden kann oder beispielsweise ein Suizid von ihm bestätigt wird.

Wichtig ist ihm, dass er die Arbeit der Polizei nicht anzweifelt. Er ist kein Besserwisser! Aber manches Mal kann es hilfreich sein, wenn ein außenstehender Querdenker hinzugezogen wird. Selbst Profiler aus unterschiedlichsten Bundesländern kommunizieren in komplizierten Fällen miteinander, um auch sicher zu gehen, dass diverse Eventualitäten in Betracht gezogen worden sind.

Ausflug zum Schlachthof

Es kommt auch schon mal vor, dass

Petermann sich auf dem Schlachthof oder auf dem Strich umsieht. Gibt es vielleicht Parallelen zum Beispiel zu bestimmten bemerkenswerten Verletzungen eines Opfers? Oder er fragt eine Prostituierte, warum ein Opfer mit aufgesetzter Gasmasken aufgefunden wurde. Demnächst besucht Petermann in Sachsen-Anhalt eine Familie, deren Tochter erschlagen, erwürgt, erstochen und dann erhängt wurde; einer der fünf Fälle in seinem neuen Buch. Und er wagt sich sogar daran, den Lesern einen Täter zu präsentieren.

Bienenfleißig

Petermann hat sogar ein Privatleben. Er ist verheiratet und hat drei Söhne. Seit Ende vergangenen Jahres ist er pensioniert. Doch was bedeutet das schon bei einem Menschen mit diesem tiefen Wissen? Noch immer reiht sich ein Termin an den nächsten. Zeit reserviert er sich für seine Bienen. Das Imkern verschaffe ihm Muße, sagt er.

**Siggi Holschen,
Landesfrauengruppe Bremen**

POLIZEISPORT

Internationales Volleyballturnier in Frankfurt/Oder

Am denkwürdigen 8. Mai wurde nun schon die sechste Auflage des deutsch-polnischen Volleyballturniers der uniformierten Kräfte in Frankfurt/Oder durchgeführt.

Mit tatkräftiger Unterstützung der GdP-Kreisgruppe Frankfurt/Oder nahmen in diesem Jahr Mannschaften von der Polizei, Grenzpolizei und dem Zoll

aus der gesamten deutsch-polnischen Region an der Veranstaltung teil. Als Sieger konnte sich am Ende das Team des polnischen Zoll aus Rzepin mit dem begehrten Pokal schmücken.

Es war wie die Jahre zuvor eine gute Gelegenheit, bei Sport und Spaß die Kollegen aus beiden Ländern wieder einmal zusammen zu haben. **S. Eue**



Kampf um jeden Punkt.

Foto: F. Gubernus



WWW.POLIZEIPRAXIS.de



Mit dem neuen Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den

optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

Passend dazu:
ab sofort auf unserer
Homepage im Shop auch
eine attraktive Auswahl
von Schuhen – nicht nur für
die Freizeit – von HAX!

Unter allen Anmeldungen
für unseren Newsletter,
die vom 01.07. - 31.07.2015
erfolgen, verlosen wir fünf

POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONS- TÜCHER

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

Die Arbeit endet nicht

Der Bundesseniorenvorstand (BSV) hat sich in der Frühjahrssitzung in Kassel intensiv mit den Anträgen der Bundeskongresse 2010 und 2014 für den Seniorenbereich beschäftigt und für den Bundesvorstand entsprechende Empfehlungen erarbeitet. Zudem wurden Anträge der Bundesseniorenkonferenz im Vorjahr erörtert, für die Aufgaben des BSV aufbereitet oder die Eingabe zum Bundeskongress 2018 vorbereitet. Während der Sitzung gratulierten die Teilnehmer dem langjährigen Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt nachträglich zu dessen 80. Geburtstag sowie den BSV-Mitgliedern Dieter Johannes und Klaus Kulick zum „75“.

er noch ist. Ebenfalls bestens in Form sind die beiden anderen Jubilare, die ein Dreiviertel-Jahrhundert hinter sich haben und sich als Landesseniorenvorsitzende weiterhin aktiv für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einsetzen: Dieter Johannes aus Thüringen und Klaus Kulick aus Berlin. Ihnen allen nochmals die besten Wünsche für die weitere Zukunft.

H. W. Fischer

Die Tagesordnung des BSV umfasste Themen wie Sterbegeldbeihilfe, Vereinheitlichung des Versorgungsrechts, Altersteilzeit, flexibler Übergang in den Altersruhestand, Gewalt und Betrug in der Pflege und in Pflegeeinrichtungen. Zudem ging es um die Erarbeitung eines Bundesseniorenmitwirkungsgesetzes, den Börsenhandel von Lebensmitteln sowie Altersgrenzen im Ehrenamt. Auch ein erneuter Antrag zur organisatorischen Berücksichtigung der Senioren im DGB soll auf den Weg gebracht werden. Vorbereitungen zur GdP-Beteiligung am 11. Deutschen Seniorentag Anfang des Monats in Frankfurt am Main wurden getroffen sowie eine spezielle Checkliste für die Anforderungen an eine altersgerechte Auswahl von Ferienzwecken als „Seniorenreisen“ beraten und beschlossen.

Bei der Sitzung konnten die Vorstandsmitglieder, unter ihnen der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Seniorenpolitik zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Radek, mehreren Kollegen zu runden Geburtstagen gratulieren: Extra angereist war der langjährige, ehemalige Bundesseniorenvorsitzende Heinz Blatt aus Rheinland-Pfalz, der bewies, wie ausgesprochen „fit“



„Runde“ Geburtstage: Zusammen 230 Lebensjahre haben sie hinter sich – Heinz Blatt (80 Jahre; 2. v. l., langjähriger ehemaliger Bundesseniorenvorsitzender), Dieter Johannes (75 Jahre, rechts, Landesseniorenvorsitzender in Thüringen), und Klaus Kulick (75 Jahre, links, Landesseniorenvorsitzender in Berlin); noch im Bild der Stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Radek (3. v. r.) und der Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig.

Foto: H.W. Fischer

Deutscher Seniorentag 2015

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) veranstaltet vom 2. bis 4. Juli den diesjährigen Deutschen Seniorentag im Congress Center Messe in Frankfurt am Main.

Die GdP ist Mitglied in dieser Dachorganisation und ist mit ihrer Seniorengruppe (Bund) an dieser dreitägigen Veranstaltung dabei: Über die gesamte Zeit wird vom Bundesseniorenvorstand

(BSV) ein Info-Stand betrieben. Am Schlußtag findet in einem der vielen Veranstaltungsräume auch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sicherheit im Alter“ statt, in der die GdP mit dem

stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jörg Radek vertreten sein wird. Mitglieder des GdP-Bundesseniorenvorstandes und Seniorenkollegen aus dem Raum Frankfurt werden die drei Tage am Info-Stand präsent sein.

Zur Eröffnung der Seniorentage wird Bundeskanzlerin Angela Merkel erwartet. Reichhaltige Informationen sowie das Veranstaltungsprogramm bietet der BAGSO-Internetauftritt www.bagso.de. **hwf**



„Im Ruhestand abwechslungsreiche und erfüllte Jahre erleben“

Kollege Blatt, von 1994 bis 2006 hast du dem Bundesseniorenvorstand angehört davon acht Jahre als Vorsitzender. Wie siehst du heute als Achtzigjähriger deine damalige Arbeit in der Seniorengruppe und was hat dich damals motiviert, sich dafür zu engagieren?

Heinz Blatt: Zur Frage der Motivation kann ich nur sagen, dass eine Gewerkschaft Menschen braucht, die nicht nur fragen, was sie für sich selbst tun kön-



Heinz Blatt (links, ehemaliger Bundesseniorenvorsitzender) anlässlich seines 80. Geburtstages im Gespräch mit H. W. Fischer Foto: Wilfried Wahlig

nen, sondern, was sie für andere tun können. Dies wurde mir mehr und mehr mit Beginn meiner Arbeit 1994 im Bundesseniorenvorstand deutlich, weshalb ich mich im April 1999 in Saarbrücken für das Amt des Vorsitzenden zur Verfügung gestellt habe. Mir waren aus der damaligen Arbeit die vielschichtigen Probleme der älteren Kolleginnen und Kollegen bekannt. Und es ist auch heute noch mein Wunsch, mich für die Senioren aktiv einzusetzen.

Mitmachen ist das Gebot der Stunde, damit Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleiben. Ein kluger Mensch hat einmal gesagt: „Was die Mitarbeit oder Nichtmitarbeit in der Politik oder bei den Gewerkschaften anbelangt, so ist das wie bei einem Kartenspiel: Wenn man das Mischen der Karten immer den anderen überlässt, dann darf man sich selbst nicht wundern, wenn man keine Trümpfe auf der Hand hat.“ Ich wollte mitmischen!

Auf welche Projekte, die du mit auf den Weg gebracht hast, bist du heute noch stolz?

Blatt: Stolz bin ich zum einen auf die Bundesseniorenfahrten und zum anderen auf das „Aktivprogramm Senioren“. Die erste Bundesseniorenfahrt fand anlässlich des Internationalen Jahres der Senioren im Oktober 1999 statt. Es war eine Donaukreuzfahrt von Passau nach Budapest. Es nahmen 165 Seniorinnen und Senioren teil. Diese Tour war der Auftakt für die seitdem jährlich stattfindenden Fahrten, die sich inzwischen großer Beliebtheit erfreuen und schon mit über 600 Reisenden einen Teilnehmerrekord erreicht haben. Das große Interesse zeigt, dass es damals eine gute Idee war. Deshalb möchte ich mich auch heute noch bei den Mitinitiatoren bedanken – insbesondere bei den damaligen Mitarbeitern Hans Adams und Bernd Böwing von der GdP-Bundesgeschäftsstelle.

Das war das eine Projekt – und das andere?

Blatt: Das war das „Aktivprogramm Senioren“ oder kurz APS. Es stellte sich damals die Frage: Was kann eine Gewerkschaft tun, um ihren Mitgliedern hilfreiche und interessante Angebote zu machen? Das ist oft nicht einfach, da etwas Besonderes zu bieten. Wir haben dann mit einem sehr breit gefächerten Angebot von Hilfestellungen, Betreuungskonzepten und Aktivitäten das APS auf den Weg gebracht. Es ist heute ein umfangreiches Nachschlagewerk für Seniorinnen und Senioren, das aber auch für alle anderen Mitglieder der GdP viel Hilfreiches bietet und zwischenzeitlich ein großes Echo findet.

Da kann man schon etwas stolz sein.

Blatt: Ja, das kann ich heute sagen. Denn unsere Mitglieder sind immer dann zufrieden und stehen zu ihrer GdP, wenn bestimmte Erwartungen erfüllt werden und sie Unterstützung im realen Leben finden. Es sollte mit diesen beispielhaft erwähnten Projekten auch den Kolleginnen und Kollegen gezeigt werden, dass die GdP nicht nur in ihrem Berufsleben, sondern auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Verantwortung wahrnimmt, sie ernst nimmt und nicht im Regen stehen lässt.

Kollege Blatt, wie uns vom Landesbezirk Rheinland-Pfalz bekannt ist, bist du noch immer gern gesehener Gast und vor allem

Referent bei den GdP-Seminaren „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Welchen Rat gibst du denen mit, die kurz vor dem Ruhestand stehen?

Blatt: Zunächst vermeide ich bewusst, konkrete Vorschläge zu machen. Da muss jeder seine eigenen Überlegungen anstellen. Die Frage stellt sich: Wie gestalte ich meinen dritten Lebensabschnitt? Nach der derzeitigen Alterspyramide beträgt die nachberufliche Lebensphase immerhin 25 bis 30 Jahre. Also ein Grund, diesen Lebensabschnitt ganz bewusst anzugehen und sinnvoll zu gestalten, also in ihm abwechslungsreiche und erfüllte Jahre zu erleben. Daher ist auch eine konkrete Planung wichtig.

Wie siehst du diesen neuen Lebensabschnitt?

Blatt: Die berufliche Altersgrenze ist weder Lebensgrenze noch Lebensziel. Sie ist der Beginn eines Lebensabschnitts, den jeder mehr oder weniger selbst gestalten muss. Die GdP hat mit ihren Angeboten und Veranstaltungen nach dem Ausscheiden aus dem Dienst den richtigen Weg beschritten. Die Teilnahme an solchen Zusammenkünften vermittelt auch das Gefühl: Ich bin nicht allein – ich bin den Kollegen etwas wert – ich gehöre weiterhin dazu!

Was möchtest du den Kolleginnen und Kollegen sagen, die über den Verbleib in der GdP nachdenken, wenn sie in den Ruhestand treten?

Blatt: Die vielfältigen Angebote der GdP für ihre Seniorinnen und Senioren zeigen die Wertschätzung, die den Mitgliedern im Ruhestand entgegen gebracht werden. Es lohnt sich also, auch nach dem Eintritt in den Ruhestand weiterhin in der Gewerkschaft der Polizei zu bleiben. Für die Zukunft erhoffe und wünsche ich mir, dass es mit der Seniorenarbeit in der GdP kontinuierlich weitergeht und dass wir weiterhin sagen können: Die GdP ist ein wirklicher Lebensbegleiter über den aktiven Dienst hinaus.

Kollege Blatt, danke für diese Antworten.

Das Gespräch führte Werner Fischer, Stellvertretender Schriftführer im Bundesseniorenvorstand.



Zu: Blitzmarathon

Der Blitzmarathon – eine sehr effiziente Maßnahme. Bei den bisher durchgeführten und zum Teil auch detailliert angekündigten Blitzaktionen haben festgestellte Verkehrssünder ihren Geldbeutel erleichtern müssen. Einige dürfen sich als Fußgänger für eine bestimmte Zeit über die anderen Raser ärgern, da sie ein Fahrverbot kassiert haben, während diese bisher nicht erwischt wurden. Grund: Personalmangel bei den Überwachungsorganen. Die wahren Hintergründe dieser Aktionen sind meiner Meinung nach ganz andere:

Grund 1: Der Innenminister als Landespolizeichef tut eintägig medienwirksam etwas gegen Tempoverstöße – gut für sein Image als Fürsorger für die Verkehrssicherheit.

Grund 2: Der Finanzminister kassiert Bußgelder – gut für die Landeshaushaltskasse; unter anderem auch für Diätenerhöhungen der Politiker.

Schlussfolgerung: Es ist wohl finanzpolitisch billiger, die geleisteten Überstunden der Beamten zu bezahlen, als Mittel für mehr Personal bereitzustellen. Dann könnten jedoch Kontrollen dauerhaft durchgeführt werden, das Personal würde entlastet und die allgemeine Sicherheit erhöht.

Aber so etwas bringt eben keine großen Schlagzeilen.

Wie gesagt: Der Blitzmarathon ist eine hoch effiziente Maßnahme – für bestimmte Personen.

Bernd Hering, Minden

Zu: Verkehr, DP 6/15

Die Unfallzahlen steigen wieder. Auch wenn man nicht mehr im aktiven Dienst ist, liest man es doch in der Zeitung. Hier wird an Ideen gearbeitet, wie diese Zahlen wieder gesenkt werden können. Aber doch nicht mit dem Holzhammer. Jeder weiß, dass ein Großteil der gerade tödlichen Unfälle unter Missachtung der jetzt schon bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzung geschieht. Sind eigentlich keine anderen Ideen gefragt? Sicher, Tempo 0 hat auch 0 Unfälle zur Folge. Das ist aber zu einfach. Die Zahl der Selbstmorde mit dem Auto kann nur vermutet werden. Andere Unfallursachen

werden kaum herausgefunden. Wie sieht es mit technischen Defekten aus? Keine festgestellt, also auch keine da. Viele Kollegen kümmern sich bei der Unfallaufnahme überhaupt nicht darum, wie ich aus eigener Erfahrung feststellen konnte. Wenn man nicht weiterweiß, ist es überhöhte Geschwindigkeit. Wir brauchen keine weitere Reglementierung.

Wir brauchen wirksame Kontrollen, eine erhöhte Zahl von Zivilstreifen, die die „Verbrecher“ im Straßenverkehr herausfiltern. Dann werden wir auch mit der Unfallbekämpfung weiterkommen. Aber das kostet Geld. Geschwindigkeitsabsenkung und Kontrollen bringen Geld.

Das kann es doch nicht sein! Oder?
Ewald Wörmann, Grevenbroich



Herr Schlanstein macht es sich, sicher etwas zu leicht, oder es lohnt sich, auch mal weiterzudenken. Seine Erkenntnis: „Ursächlich hierfür ist vor allem die nicht angepasste und überhöhte Geschwindigkeit ...“. Es wird nicht nach dem „Warum“ gefragt. Weitere Beschränkungen, auf Tempo 80, lösen das Problem nicht. Fakt ist, die Politiker haben zu viele Polizeiplanstellen gestrichen! Mit der superschwachen Personalstärke ist die Polizei nicht in der Lage, auch nur annähernd der Aufgabenstellung gerecht zu werden. Verkehrserziehung und Präsenz – Fehlanzeige. Und die Folgen? Die Verkehrsmoral zum Beispiel ist schon fast auf dem Nullpunkt! Nichts dabei denken, und der Ellenbogen regiert.

Klaus Lisker, Ismaning

Zu: Gesundheit, DP 6/15

Ich bin mir als Polizeibeamter im Streifendienst nicht mehr sicher, wessen Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und wessen Wahrung der Menschenrechte mehr verletzt wird. Es kann doch nicht sein, dass wir uns politisch zerreden und die Spuckschutzhaube, ein Instrument des Selbstschutzes, verneinen, weil es vermutlich unverhältnismäßig sein könnte und die Würde des Bürgers, der, was nicht

vergessen werden sollte, die Ursache für einen Einsatz der Haube lieferte, negativ beeinträchtigt werden könnte.

Wer jemals in einem Funkstreifenwagen neben einem spuckenden Menschen gesessen hat, dem wird bewusst, wie wichtig und nützlich eine solche Haube ist. Es ist kein Kinderspiel, den Weg vom Einsatzort bis zur Polizeiwache mit dem Wegdrücken des Kopfes eines Spuckenden zu verbringen. Aber, wenn selbst Politiker die Haube in Einklang mit Guantanamo und Afghanistan bringen, dann ist das wieder mal ein weiterer Beweis dafür, welchen Stellenwert und welche Wertschätzung die Arbeit der Polizei in den politischen Reihen und in der Gesellschaft wohl hat.

Liebe Politiker, Sie werden umringt von Polizisten, die täglich ihren Kopf für Ihre Sicherheit hinhalten und sie schützen! Tun Sie einfach mal was für uns, denn sie haben die politische Macht und das Instrument, etwas zu bewegen.

Olaf Hoffmann, Nettetal

Zu: Meinung, DP 6/15

Herrlich! Wir haben Tränen gelacht. Neurotischer Nostalgie-Nonsens, verquickt mit einer folkloristischen und unangenehm verkürzten Gesellschaftsanalyse, ergießt sich über fast zwei Seiten. Chapeau! Mehr Komik tut uns allen gut.

In dieser bergbäuerlichen Burleske sind tiefgründiger Humor und feinsinnige Ironie zu Recht abwesend. Fort mit Hermeneutik und Reflexion, her mit der Klamotte: Stumpf ist Trumpf!

Warum sich in anstrengenden sozioökonomischen und subkulturellen empirischen Untersuchungen ergehen, wenn mit groben Simplifizierungen und sozialdarwinistischen Andeutungen alles über die Entstehung, Ausübung und Wechselwirkung von Gewalt von und gegen PolizeibeamtInnen gesagt werden kann? Und danke für: Don't confuse me with facts!

Großes Lob auch für den durchgängig konsequenten Stil: Reaktionäre und verzerrte Weltanschauungen sind hier in plumper Paraphrase besser transportiert, als in anspruchsvoller subtiler Satire. Ein schelmisch angedeutetes, wilhelminisches Staatsverständnis ist für polizeiliche Belange weniger lästig, als ein komplexer Rechtsstaat mit Bür-



gern mit Rechtsschutzversicherungen. (zwickern, zwinkern)

Der Polizeialltag ist schon kompliziert genug, da fordere bitte niemand noch zusätzlich seine Rechte ein. Im Zweifel immer der Obrigkeit Recht zu geben, das hat Struktur und Übersicht. Das macht's einfach! Eine grobe Grotteske aus dem kaiserlichen Komödiantenstadl.

Opas ostentative Ordination: kleinbürgerliche unterkomplexe Alpenveilchenmentalität trifft auf strukturell verursachte Perspektivlosigkeit oder aufgeklärtes Bürgertum – oh, Schreck! Dann gilt: Früher war alles besser. Sicher, und ganz früher war alles aus Holz.

Wenn man es nicht besser wüsste, könnte man fast annehmen, die „Meinungsseite“ wäre von einem Eremit einer süddeutschen Alpenmonarchie verfasst worden.

Frank Thienel, PP Köln

Zu: Demonstrationen und Meinung, DP 6/15

Der Artikel von Heinrich Bernhardt (Der Preis des Rechtsstaates oder geht es auch anders?) entspricht ganz mei-

ner Meinung und auch der einiger mir bekannter Kolleginnen und Kollegen. Ich habe selbst drei Kinder, von denen zwei bei der Polizei beschäftigt sind, ebenso wie der Ehemann meiner Tochter. Von ihnen höre ich immer wieder Klagen über zunehmende Gewaltbereitschaft des Gegenübers und den unzureichenden Schutz durch polizeiliche Vorgesetzte. Es muss endlich Schluss sein mit Sonntagsreden, und es müssen Gesetze geschaffen werden, die alle Einsatzkräfte – Polizei, Feuerwehr, Sanitäter, DRK-Helfer – schützen. Meiner Ansicht nach muss auch überlegt werden, ob man bei Ausschreitungen wie bei der EZB in Frankfurt oder bei Mai-Demonstrationen, wo Gewalt zu erwarten ist, nicht die Veranstalter zur Verantwortung ziehen kann. Die Grenzen der Freiheit (Versammlungsfreiheit) des einen stoßen an die Grenzen der Freiheit des anderen. Welche Freiheit ist denn wichtiger, die der gewaltbereiten Versammlungsteilnehmer oder die der steuerzahlenden Gesellschaft?

Auch den Ausführungen des Kollegen Günter Klinger (Zum „Feind und Opfer“ geworden) stimme ich zu. Als pensionierter hessischer Polizeibeamter und ehemals aktiver GdP-Gewerk-

schafter kann ich sagen, dass ich die geschilderten Situationen durchaus kenne. Ich kenne auch die beiden Autoren recht gut und gehe davon aus, dass die von ihnen geäußerten Meinungen auch die Meinung vieler Kolleginnen und Kollegen sind.

Norbert Weinbach, Lorsch

Klarstellung

In der DP-Juni-Ausgabe hat Heinrich Bernhardt unter der Überschrift „Der Preis des Rechtsstaates oder geht es auch anders?“ über die massiven Ausschreitungen in Frankfurt am Main zur Eröffnung des Gebäudes der Europäischen Zentralbank (EZB) geschrieben. In diesem Zusammenhang stellt die Redaktion klar, dass Kollege Bernhardt nicht Polizeipräsident a. D. der hessischen Landeshauptstadt ist, sondern Offenbachs. Er ordnete aus Sicht der Polizei die Ereignisse in Frankfurt ein.

red



Deutsche
Polizei

Nr. 7 • 64. Jahrgang 2015 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015



Druckauflage dieser Ausgabe:
177.062 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Fotos:
K.-J. Hildenbrand/dpa
Rüdiger Holecek

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



POLIZEILICHE BERUFSETHIK

Ein Studienbuch

Von **Ulrike Wagener**.



1. Auflage 2015

Umfang: 224 Seiten

Format: Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0576-1

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

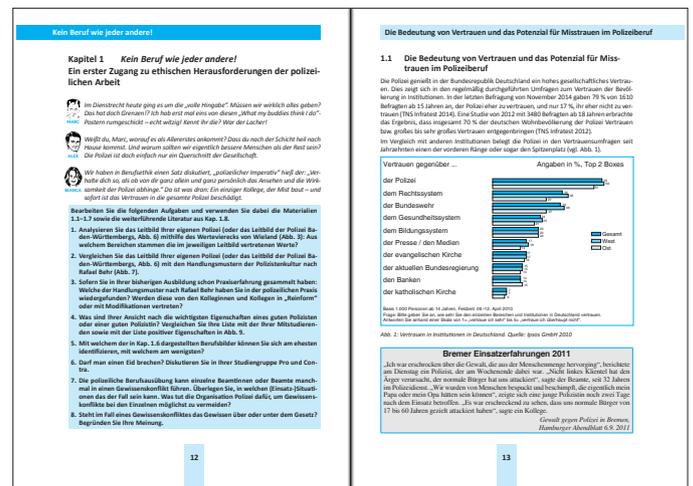
Preis: 18,99 € [D]



Ausgehend von Fallbeispielen will dieses Studienbuch zur ethischen Analyse polizeilicher Alltagspraxis und zur Reflexion des eigenen Berufsverständnisses anleiten. Im Einzelnen handelt die Autorin folgende Themen ab:

- Berufsbilder und Berufsmotivation,
- der Diensteid als „Hochleistungsversprechen“,
- Achtung und Schutz der Menschenwürde als polizeiliche Aufgabe,
- die neuere Diskussion um die Folter,
- Menschenwürde der Polizeibeamtin/des Polizeibeamten,
- die Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols,
- legitime und illegitime Gewalt,
- Umgang mit Opfern und Tätern bei häuslicher Gewalt,
- Verhältnis von Professionalität und Mitgefühl,
- Umgang mit Hinterbliebenen,
- Überbringen von Todesnachrichten,
- Umgang mit Stress und eigener Belastung.

Das Buch richtet sich an Berufsanfänger in der Polizei, insbesondere an Studierende des Bachelor-Studiengangs für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Es vermittelt prüfungsrelevante Kompetenzen ethischen Denkens und Urteilens. Arbeitsaufgaben und Kontrollfragen ermöglichen es, den eigenen Lernfortschritt selbstständig zu überprüfen.



DIE AUTORIN

Dr. Ulrike Wagener, Professorin für Berufsethik an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



HALFAR

Beim Reisen sollte man auf nichts verzichten – außer auf eines: schweres Schleppen.

In die elegante, hochwertige **Reisegepäckserie MISSION** kann man getrost alles einpacken, was einfach dabei sein muss.

Die aktuellen Farben, das edel strukturierte Material (Nylon 1680d) mit dem feinen Glanz sorgen dafür, dass die Reisegepäckserie MISSION zur ersten Sehenswürdigkeit jeder Reise wird.

Businessstasche

- gepolstertes Hauptfach mit 2-Wege-Reißverschluss
- gepolstertes Notebookfach mit Halterung
- Reißverschluss-Vortasche
- Handgriffe
- abnehmbarer, zweiseitig längenverstellbarer Schultergurt

Maße: ca. 44 x 32 x 15 cm

Taupe	257407
Beige	257507
Schwarz	257607
Marine	257707

26,95 € 33,95 €



Rollentasche

- geräumiges Reißverschluss-Hauptfach
- Reißverschluss-Vortasche
- Seitentasche
- Schuhfach
- Teleskopgriff
- Rollen
- Handgriffe mit Griffmanschette
- gepolsterter Tragegriff
- abnehmbarer, längenverstellbarer Schultergurt mit Schulterpolster

Maße ca. 63 x 34 x 29 cm

Taupe	257007
Beige	257107
Schwarz	257207
Marine	257307



49,95 € 62,95 €

Notebook-Rucksack

- Hauptfach mit gepolstertem Notebookfach und Einsteckfach
- große gepolsterte Reißverschluss-Vortasche mit diversen Einsteckfächern
- Schlüsselanhänger und Handytasche
- Reißverschluss-Vortasche
- seitliche Reißverschluss-Taschen
- gepolsterter Rücken und Schultergurte
- gepolsterter Handgriff

Maße: 30 x 43 x 14 cm

Taupe	258207
Beige	258307
Schwarz	258407
Marine	258507

26,95 € 33,95 €



Sport-Reisetasche

- geräumiges Hauptfach mit 2-Wege Reißverschluss
- 2 Vortaschen mit Reißverschluss
- 2 Seitentaschen mit Reißverschluss
- abnehmbarer, längenverstellbarer Tragegurt mit bequemem Schulterpolster
- Handgriffe mit Griffmanschetten
- Bodenfüße

Maße: 66 x 32 x 25 cm

Taupe	257807
Beige	257907
Schwarz	258007
Marine	258107



27,95 € 34,95 €

Alle Taschen auch in weiteren aktuellen Farben erhältlich!



Letzter Bestelltermin: 31.07.2015

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.